#5



# Resolution der Kommunarden

1
In Erwägung unsrer Schwäche machtet
Ihr Gesetze, die uns knechten solln.
Die Gesetze seien künftig nicht beachtet
In Erwägung, daß wir nicht mehr Knecht sein wolln.

Refrain:
In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht
Haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod.

2
In Erwägung, daß wir hungrig bleiben
Wenn wir dulden, daß ihr uns bestehlt
Wollen wir mal feststelln, daß nur Fensterscheiben
Uns vom guten Brote trennen, das uns fehlt.

Refrain

3
In Erwägung, daß da Häuser stehen
Während ihr uns ohne Bleibe laßt
Haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehen
Weil es uns in unsern Löchern nicht mehr paßt.

Refrain

4
In Erwägung: es gibt zuviel Kohlen
Während es uns ohne Kohlen friert
Haben wir beschlossen, sie uns jetzt zu holen
In Erwägung, daß es uns dann warm sein wird.

Refrain

5
In Erwägung: es will euch nicht glücken
Uns zu schaffen einen guten Lohn
Übernehmen wir jetzt selber die Fabriken
In Erwägung: ohne euch reicht's für uns schon.

Refrain

6
In Erwägung, daß wir der Regierung
Was sie immer auch verspricht, nicht traun
Haben wir beschlossen, unter eigner Führung
Uns nunmehr ein gutes Leben aufzubaun.

In Erwägung: ihr hört auf Kanonen -
Andre Sprache könnt ihr nicht verstehn -
Müssen wir dann eben, ja, das wird sich lohnen
Die Kanonen auf euch drehn!

**Berthold Brecht**

# Einige Worte an Stelle des Vorworts

**Die Soligruppe verabschiedet sich**
Seit mittlerweile einem Jahr erscheint das autonome Blättchen ca. alle 3 Monate. Ihr haltet also so etwas wie eine Jubiläumsausgabe in den Händen. Nun ja, das soll an dieser Stelle gar nicht all zu sehr abgefeiert werden, sondern zum Anlass genommen werden, einige Überlegungen zum Fortbestehen des Blättchens anzustellen.
„Wir sind eine Unterstützungsgruppe für staatlich verfolgte Antimilitarist_innen....
Der Anlass, um sich zusammenzufinden, war die Hausdurchsuchung am 21.08.2009, wegen des versuchten Anschlags auf den Rosenpavillon im Stadtpark (VIP Bereich beim Bundeswehr-Sommerbiwak). Wir werden mit diesem Heft immer dann an die Öffentlichkeit treten, wenn wir was zu sagen haben, es einen neuen Verfahrensstand gibt oder ihr das Postfach überquellen lasst."
So die Selbstdarstellung vor etwas über einem Jahr.
Gleich vorne weg: einen neuen Verfahrensstand gibt es wieder nicht. Alle bei der Durchsuchung beschlagnahmten Gegenstände entlasten den Beschuldigten. Dies ist für die Bullen aber weiterhin kein Grund, sie wieder herauszurücken oder gar das Verfahren einzustellen.
Das Verfahren dümpelt also seit mittlerweile 1 ½ Jahren vor sich hin und es ist nicht absehbar, ob sich das in nächster Zeit ändert. Die Soligruppe wird auch weiterhin das Verfahren begleiten und den betroffenen Genossen unterstützen, aber das Blättchen wird ab jetzt unabhängig von dieser Gruppe und Verfahrensständen erscheinen.
Dem formulierten Ziel, sich mit dem Blättchen aktiv solidarisch mit dem Betroffenen zu positionieren, ist genüge getan und das Verfahren ist weit über Hannover hinaus bekannt.
Die Soligruppe verabschiedet sich also als Herausgeberin, wird weiter existieren und sich selbstverständlich, falls es einen neuen Verfahrensstand gibt, wieder zu Wort melden. Aber auf das Blättchen warten andere Herausforderungen.

**Wie geht's jetzt weiter?**
Diese Zeitung soll weiterhin alle 3 Monate erscheinen und bundesweit verbreitet werden. Wir halten das wir für einen relativ langen Zeitraum, der es uns aber ermöglicht, dafür zu sorgen, dass tatsächlich jede Ausgabe interessant und lesenswert ist und sie nicht nur schon anderswo Veröffentlichtes oder Kurzberichte enthält. Gleichzeitig ist es ein Zeitraum, der Diskussionen von einer Ausgabe zur nächsten

## Inhaltsverzeichnis


Seite 1: Worte statt Vorwort
Seite 2: Baulücken
Seite 3: Himmelfahrtskommando
Seite 5: Naziouting in der Nordstadt
Seite 6: Verfahren Rauchbombe Biwak
Seite 6: Repression gegen Kurdiastan-Volkshaus
Seite 7: Militär und Kirche
Seite 7: Lärmverbot
Seite 8: Reservisten-Kennlernabend gesürmt
Seite 8: Reservistenkameradschaften an den Hochschulen
Seite 10: Ermittlungsverfahren gegen antimilitarismus.blogsport.de
Seite 11: Lest Interim!
Seite 12: Das kleine ABC der Observation
Seite 17: 38 Jahre UJZ Korn
Seite 19: Castorblockade bei Dalle
Seite 20: Liebig 14 Soli-Besetzung
Seite 21: autoritäre formierung und repression
Seite 24: Hauptsache sicher - Schutz kritischer Infrastuktur
Seite 31: Doku: Umgestaltung Soldatenfriedhof Essel
Seite 33: Impressum

ermöglicht. Dabei wollen wir einerseits versuchen dem Namen „Autonomes Blättchen" mit einer größeren thematischen Bandbreite gerecht zu werden, andererseits sollen Repression und Militarisierung als teilbereichsübergreifende Themen weiterhin Schwerpunkte bleiben. Wir wünschen uns mehr zugeschickte Artikel, Erklärungen, Debattenbeiträge, sowohl aus Hannover als auch aus anderen Städten oder von überregionalen Zusammenhängen. Trotzdem ist es uns wichtig dafür zu sorgen, dass dieses Zeitungsprojekt nicht völlig abhängig von Einsendungen wird. Es sollen sowohl unzensierte militante Debatten als auch eine redaktionelle Betreuung der Zeitung und somit längere Analysen und thematische Stränge über mehrere Ausgaben hinweg ermöglicht werden.
In Hannover gibt es erstaunlich viele Zeitungsprojekte. Trotzdem denken wir, dass es sich lohnt, dass das Blättchen weiter erscheint.
Die Tabula rasa ist für kurze und kurzfristige Veröffentlichungen sinnvoll. Aber sie krankt als reines Copy-and-Paste-Projekt ohne redaktionelle Betreuung einerseits an mangelnden Zusendungen, andererseits an der Entscheidung ohne Postanschrift auszukommen und längere Debattenartikel gar nicht erst zu veröffentlichen.
Als die vers beaux temps nach ca. 1 ½ Jahren im November 2010 mal wieder erschien, haben wir uns zunächst gefreut. Doch leider mussten wir feststellen, dass mindestens die Hälfte der Artikel sehr alt sind. Kaum ein Artikel war nicht vorher schon anderswo zu lesen. Der Einsendeschluss, der lediglich mit 2011 angegeben ist, lässt kaum Hoffnung auf eine regelmäßige, aktuelle Erscheinungsweise. Es gibt noch weitere Zeitungen, die eng an Gruppen gebunden sind und dementsprechend deren Positionen veröffentlichen. Wir finden das legitim, doch als ein Ort für eigene Veröffentlichungen und eine für alle zugängliche Debatte sind diese Zeitungen nicht zu gebrauchen.
Somit kann keines der anderen Zeitungsprojekte erfüllen, was wir uns vom Blättchen erhoffen.
Gleichzeitig denken wir, dass Hannover eine autonome Zeitung braucht, die sich als Teil kämpfender Bewegungen versteht. Eine Zeitung, die selbst Position bezieht, sich klar militant linksradikal verortet und ein Ort an dem unzensiert Debatten geführt und lokale sowie überregionale Diskussionen wahrgenommen werden können.

**Technix**
Die Postadresse des Blättchens bleibt bestehen, die e-Mail Adresse hat sich geändert.
autonomes-blaettchen@riseup.net
PGP-KEY gibt´s auf Anfrage oder bei antimilitarismus.blogsport.de
Nach einiger Diskussion haben wir uns dafür entschieden, dass es die Ausgaben auch weiterhin dort online gestellt werden. Wir möchten an dieser Stelle aber nochmal darauf hinweisen, dass es sinnvoll ist nicht den heimischen PC oder zumindest ein Anonymisierungsdienst (z.B. Tor) zu verwenden.
So jetzt aber viel Spaß und Diskussion mit der 5 Ausgabe. Und dann ist es an Euch euren Mund auf zu machen bzw. in die Tasten zu kloppen. Ach ja und Spenden natürlich nicht vergessen, gut verpackt und per Post.

Was meinen sie würde passieren, wenn es keine Gefängnisse mehr gäbe?

**„Leute wie ich würden vielleicht auch Straftaten begehen."**

bauluecken.blogsport.de

knäste zu bau lücken

## bauluecken.blogsport.de

das bauluecken projekt informiert. in einem gemeinschaftsprojekt mit gefangenen wurde eine umfrage zum thema knast und strafe erstellt und durchgeführt. einige ergebnisse findet ihr auf plakaten in diesem Heft. diese und weitere plakate, die umfrage selbst sowie texte zur antiknast arbeit von baulücken findet ihr auf der homepage. weitere ergebnisse werden teil einer zeitung sein. mehr infos dazu in kürze! grundsätzlich will baulücken platz für die sichtweisen inhaftierter geben, über Kontakte referieren und freut sich über anregungen!

# Himmelfahrtskommando

### über Kollektivität, Militanz, Knast und Solidarität

Am 13.05.2010, dem sogenannten Vatertag bzw. Himmelfahrt, endete der Besuch der Kneipe Dani‘s Pub in Hannovers Nordstadt für ca. 15-20 Nazis mit einer ordentlichen Tracht Prügel. Einer größeren Gruppe Antifaschist_innen gelang es, die Faschisten anzugreifen und zu entkommen.

Nun gibt es im Nachhinein mehrere Verfahren. Die Verfahren gegen drei Antifaschisten, die einige Straßen weiter festgenommen wurden, sind zwar mittlerweile eingestellt, aber gegen drei weitere wurde gerade Anklage erhoben. Diese Anklagen kommen ausschließlich auf Grundlage von Aussagen von Nazis zu Stande. Drei der beschädigten Faschisten haben Fotos von etwa 30 Leuten vorgelegt bekommen, die nach Meinung des Staatsschutzes für derartige Aktionen in Frage kommen.

Denjenigen, die von den Faschos beschuldigt werden, wird nun gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Die Mindeststrafe, im Falle einer Verurteilung, beträgt 6 Monate Knast.

Die Anklageschriften sind schon draußen, der Prozess wird bald beginnen. Doch von einem offensiven Umgang mit den Vorwürfen und der damit verbundenen Androhung, Antifaschisten für ihr Engagement in den Knast zu stecken, ist bisher nichts zu hören. Wir wollen dazu mal ein paar kritische aber solidarische Gedanken loswerden, weil wir das nicht verstehen und denken es ist allerhöchste Zeit dazu etwas zu sagen.

Auch wenn wir in der konkreten Prozessvorbereitung und Öffentlichkeitsarbeit einiges anders gemacht hätten (z.B. veröffentlichen, dass eine Bande rachehungriger Nazis Fotos von potentiellen Antifaschist_innen vorgelegt bekommen hat), soll dies nicht die Stelle sein an der wir die angeklagten Antifaschisten kritisieren.

Zudem verbieten sich zum jetzigen Zeitpunkt öffentliche Spekulationen über richtige Verteidigungsstrategien.

Uns geht es vielmehr darum, dass wir uns als Teil einer autonomen, radikalen Linken und damit auch militant antifaschistischen Bewegung verstehen. In einer Stadt wie Hannover, mit einer relativ übersichtlichen Szene, wird ein derartiger Repressionsschlag massive Auswirkungen haben – wir können jetzt schon beobachten wie die Androhung von Knast, über die Betroffenen hinaus Wirkung zeigt.



**Kollektivität und Militanz**

Die linke Szene ist eine problematische Sache. Oft ist sie nur subkulturell und von vermeintlich gemeinsamen Überzeugungen getragen. Aber erst dadurch, dass wir unsere Überzeugungen aussprechen und immer wieder miteinander reden, wird aus diesem diffusen Zusammengehörigkeitsgefühl auch real ein kollektives Bewusstsein, aus dem eine tragfähige soziale Basis für Militanz und die damit einhergehende Konfrontation mit dem Staat entstehen kann.

Auch weil wir als autonome Linke den Anspruch haben sollten, unser Handeln zu reflektieren und transparent zu machen, immer wieder an die Gegebenheiten anzupassen und dabei immer neue Leute „mitzunehmen“, muss die Auseinandersetzung darum, was legitim ist, ein kontinuierlicher Prozess sein.

Gerade in Zeiten, in denen selbst Gruppen wie Avanti vor dem Naziaufmarsch am 1. Mai 2009 zu einem „Fest der Demokratie“ aufrufen, ist es nötig, vermeintliche gemeinsame Überzeugung auszusprechen und zur Diskussion zu stellen.

Militantes Vorgehen gegen Faschisten und Faschistinnen ist immer wieder erforderlich um ihren Handlungsspielraum einzuschränken. Und ja, wir bewegen uns dabei abseits eines legalen Rahmens. Wir sind uns der Konsequenzen bewusst, haben uns aber dazu entschieden, diese in Kauf zu nehmen, da wir unsere Überzeugungen nicht nach dem Strafgesetzbuch richten.

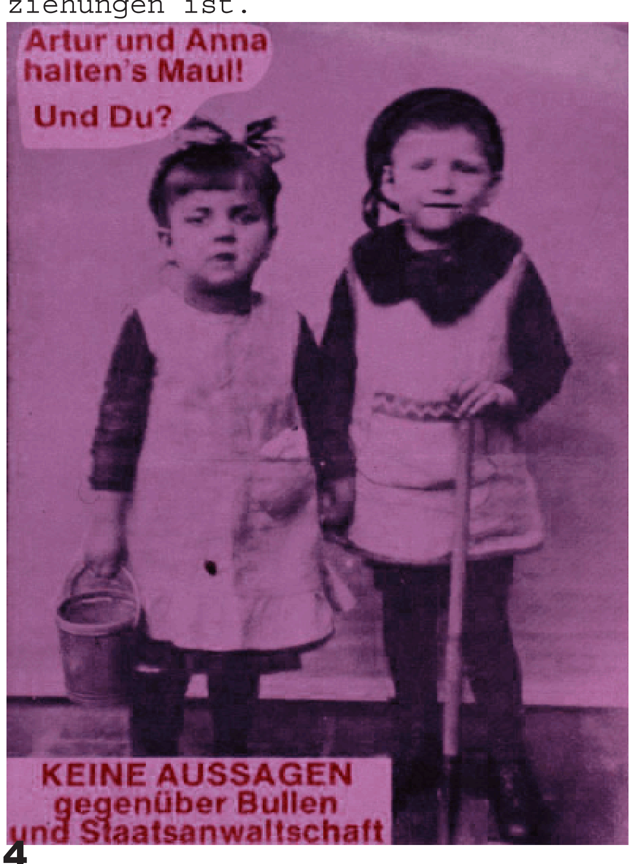
Sich so zu positionieren und militantes Handeln öffentlich zu vertreten und zu verteidigen, kann natürlich nicht (nur) die Aufgabe der Beschuldigten sein. Es gilt Räume zu organisieren in denen wir unzensiert sagen, was wir meinen. So wie wir es verstanden haben, ist z.B. diese Zeitung ein solcher Ort.

Die Stärke unserer (militanten) Aktionen steht und fällt mit der Verbindlichkeit sozialer Beziehungen und gemeinsam getroffener Entscheidungen. Es ist für uns unmöglich Aktionen als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Entscheidung und Entschiedenheit zu sehen, während die negativen Auswirkungen privatisiert werden.



Die Tendenz, immer weiter Bereiche unseres Lebens der kollektiven Diskussion zu entziehen und als Privatsache zu behandeln, empfinden wir als eine der größten Bedrohungen emanzipatorischer Prozesse. Es ist schlimm genug, dass der neoliberale Drecksdiskurs nach dem Motto:

„Jede_r ist ihres_seines eigenen Glückes Schmied_in" weite Teile der radikalen Linken durchdrungen hat.
Die Organisierung des eigenen Alltags spielt kaum noch eine Rolle in innerlinken Diskursen. Wir könnten schon kotzen wenn Wohnen, Beziehung, Arbeit, Hartz 4 uvm. als Privatsache behandelt werden, aber bei Repression hörts echt auf – spätestens da sind wir nicht mehr bereit, unseren Mund zu halten, sondern werden uns in vermeintliche Privatsachen anderer Leute einmischen. Ebenso denken wir, dass die oftmals unzureichende Reflektion patriarchaler Verhältnisse und Verhaltensweisen (nicht nur) in antifaschistischen Zusammenhängen einen derartigen Umgang mit Repression fördert. Wir brauchen keine starken Helden, die mit jeder noch so beschissenen Situation schon irgendwie klarkommen werden. Selbstverständlich haben wir alle Ängste: vor der Übermächtigkeit des Staatsapparates, vor der Gewalt der Bullen und Nazis, vor Knast, vor dem Alleinesein und davor dabei vor den Genoss_innen auch noch stark sein zu sollen, davor den Mut zu verlieren oder die Überzeugung. Die Ängste werden jedoch kleiner und händelbarer, wenn wir sie teilen und kollektive Umgangsformen suchen. Wir müssen uns mehr dafür einsetzen, dass das Nicht-über-Ängste-reden als männlich sozialisiertes Verhalten gekennzeichnet und kritisiert wird. Wir müssen ein Klima innerhalb unserer Zusammenhänge schaffen, in dem die Auseinandersetzung mit unseren Ängsten und Zweifeln selbstverständlicher Teil unserer sozialen und politischen Beziehungen ist.




**Knast**
In allen Staaten und zu allen Zeiten war das Wegsperren politischer Gegner_innen ein Mittel der Herrschaftssicherung. Natürlich gilt es alles daran zu setzen, unsere Genoss_innen davor zu bewahren, eingeknastet zu werden; Das heißt aber nicht, dass wir uns mit der Angst vor dem Knast und den praktischen Problemen, Gefangene zu unterstützen, nicht beschäftigen müssen. Wir gehen davon aus, dass der Staat uns und unsere Dreistigkeit, seinen allumfassenden Herrschaftsanspruch nicht zu akzeptieren, ernst nimmt und uns als Konsequenz mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft. Deshalb ist die kontinunierliche Auseinandersetzung mit Knast wichtig. Selbstverständlich müssen nicht alle, die sich als linksradikal verstehen, auch bereit sein, jahrelang für ihre Überzeugung in den Knast zu gehen, sonst würde ja auch nur wieder der schon kritisierte Heldenscheiß reproduziert. Es kann viele legitime Gründe geben, sich nicht in der Lage zu sehen, eine derartige Konfrontation auszuhalten. Wir meinen aber sehr wohl, dass es nicht geht, sich für die Teilnahme an militanten Aktionen zu entscheiden und sich nicht damit auseinander zu setzen, wie man damit klar kommt, wenn etwas schief geht. Die Entscheidung für ein militantes Leben, bzw. für derart kriminalisierbare Handlungen, macht eine Auseinandersetzung mit Knast unumgänglich.
Dabei verstehen wir den Knast nicht als Ende des Kampfes um Emanzipation. Es ist hilfreich sich draußen zu überlegen wie ein Leben und Kämpfen in Gefangenschaft aussehen kann.
Das soll nicht heißen, dass es dann einfach wird, eingesperrt zu sein – jede_r , die_der längere Zeit im Knast sitzt, wird Phasen haben, in denen die absolute Kontrolle, die auf ein Minimum beschränkte Selbstbestimmung und das Ausgeliefert sein, verzweifeln lassen.
Trotzdem kann nur eine rechtzeitige Auseinandersetzung damit und eine solidarische Unterstützung von außen verhindern, dass diese Phasen zum Dauerzustand werden.
Wir meinen ganz praktische Überlegungen, auf Seiten der Betroffenen, aber auch auf Seiten der Unterstützer_innen. Es gibt viel (linke) Literatur, die ein Hineindenken in den Gefängnisalltag ermöglicht. Darauf aufbauend gibt es viele konkrete Fragen, die man sich selber stellen sollte:
Gibt es Aktivitäten, die mir helfen und die ich auf wenigen Quadratmetern machen kann z.B. Sport, Entspannungsübungen, Rätsel, bestimmte Bücher usw.?
Gibt es Möglichkeiten mein/e Ausbildung/Studium fortzusetzen?

Welche Möglichkeiten gibt es für mich, mit anderen Gefangenen in meinem Knast und/oder politischen Gefangenen in anderen Knästen zu kommunizieren?
Hilft es mir mehr z.B. Arbeit als Ausdruck meiner unversöhnlichen Haltung zu verweigern oder hilft es mir mehr mich mit Arbeit von der Langeweile abzulenken?
Es gibt sicherlich noch viele weitere Fragen, die sich alle, deren Handeln die Androhung von Knast mit sich bringt, stellen sollten. Genauso sollten sich auch alle anderen Akteure_innen der radikalen Linken damit auseinandersetzen, was es bedeutet, Gefangene unterstützen zu müssen.

**Solidarität**
Solidarität ist also etwas Praktisches. Es ist gut, dass angefangen wurde, Geld zu sammeln. Doch wollen wir mal am Rande erwähnen, dass wir die Praxis des „solidarischen Besäufnis" zumindest nicht ideal finden, denn sie gibt der Solidarität einen warenförmigen Charakter. Wir wollen keine Gegenleistung für unsere Solidarität. Wir wollen solidarisch sein, weil wir eine kriminalisierte Handlung richtig finden und nicht, weil wir einen Cocktail oder eine Party dafür kriegen. Nur weil uns selbst auch nichts besseres einfällt um Geld zu organisieren, wollen wir nicht auch noch darauf verzichten, selbstkritisch die Problematik zu benennen.
Doch zumindest muss politische Solidarität mehr sein - sie muss ein Verhältnis zu der kriminalisierten politischen Praxis herstellen.
Die aktuelle Situation und die Kriminalisierung eines Antimilitaristen in Hannover im Jahr 2009 sind nicht direkt vergleichbar, aber trotzdem halten wir die offensive Soliarbeit nach der Hausdurchsuchung in Folge eines versuchten Brandanschlag für besser. Es gab eine Demo und diese Zeitung, die den Betroffenen unterstützen und dabei die Legitimität der ihm vorgeworfenen Aktion betonen.
Wir verstehen unser Schreiben als Teil einer solidarischen Unterstützung und wollen zum Abschluss dazu aufrufen, die offensive Soliarbeit zu verstärken. Mehr erstmal nicht an dieser Stelle, sondern lieber in persönlichen Gesprächen.

***Solidarische Grüße an die drei Angeklagten - Freiheit für Alle!***

***einige Antifaschist_innen***

SICH ENGAGIEREN AGIEREN DENKEN
KRITISIEREN KOCHEN SPRECHEN
DEKONSTRUIEREN LESEN SUCHEN
LIEBEN ORGANISIEREN TRINKEN
KOMMUNIZIEREN WIDERSTEHEN
VERSUCHEN VERÄNDERN WOLLEN
TEILEN ABLEHNEN PROTESTIEREN
VORSCHLAGEN INFRAGESTELLEN
WIR SIND ALLE MILITANT

## Hannover: Naziaktivist in der Nordstadt geoutet

In der Glünderstr. 8 in Hannover-Nordstadt wohnt Anton Rummelhagen. In Mecklenburg-Vorpommern war er bereits als Nazi bekannt, bevor er vor einigen Jahren nach Hannover zog.
Hier fand er Kontakt zu den Nazis von Besseres Hannover, die mit ihrer Schülerzeitung „Bock" versuchten Schülerinnen und Schüler für Rassismus und Naziideologie zu begeistern.
Anton Rummelhagen nimmt an Naziaufmärschen teil. Er war dabei als am 13. Mai 2010 die Nazis von Besseres Hannover in der Nordstadt MigrantInnen angriffen. Am 07. August 2010 nahm er am Pressefest der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" in Niesky bei Görlitz teil und betreute hier den Infotisch des Bock-Heftes.
Ein Nazi wie Anton Rummelhagen hat nichts in der Nordstadt verloren. Seht nicht einfach zu, wie Nazis ungestört ihre rassistische Hetze verbreiten!
Werdet aktiv - auch in der eigenen Nachbarschaft!
**DIE NORDSTADT IST KEIN RAUM FÜR NAZIS!**
*aus dem Flugblatt der Nachbarschafts-antifa Nordstadt*

Naziübergriffe in Hannover:
*chronologie.blogsport.de*
Hannoveraner Nazis - Outing-Seite:
*antifawatchout.wordpress.com*

## Einstellung Verfahren Rauchbombe beim Biwak

Beim diesjährigen Sommerbiwak wurde eine Rauchbombe vor die Rednerbühne des Panzerfestes geworfen, konnte aber leider schnell gelöscht werden. Eine Antimilitaristin, der dieser Wurf vorgeworfen wurde, wurde ohne Nennung eines Straftatvorwurfs festgenommen aber nach ca. 30 min. mit einem Platzverweis laufen gelassen.
Das Verfahren (Verstoß gegen das Versammlungsgesetz?!) ist nun eingestellt worden.
Aus unserer Sicht zeigt dies erneut, dass die Bullen und Veranstalter ihre Strategie gegenüber den letzten Jahren geändert haben. Der Verlust von 1.000 Gästen in 2 Jahren liegt unserer Einschätzung nach maßgeblich an dem erzeugten Bedrohungsszenarion. Immer weniger Gäste haben Lust auf das Militaristenfest, wenn sie dabei Gefahr laufen attackiert zu werden. Die Bullen haben das ihrerseits wohl begriffen und verzichten deshalb eher auf repressive Maßnahmen. So hatten sie auch die anderen ca 40 Leute, die kurz fest gesetzt wurden, wieder laufen gelassen um der Presse gegenüber behaupten zu können alles sei ruhig und unter Kontrolle gewesen und es habe nicht mal Festnahmen gegeben.
Für uns eine erfreuliche Entwicklung, nur müssen wir umso mehr überlegen wie wir selber für die Wahrnehmbarkeit von Störungen und Eingriffen sorgen.

# Am 08.07.2011 ist wieder Sommerbiwak - Militaristen angreifen!

## Erneut willkürliche Polizeimaßnahme gegen Kurdistan-Volkshaus

Am Mittwoch, den 20.10.2010, gegen 14:00 Uhr wurden Gäste und Mitglieder des Kurdistan-Volkshauses e.V. (Mala Gel) von etwa 60 Einsatzkräften der Hannoveraner Polizei in ihrem Vereinshaus aufgesucht. Trotz mehrmaliger Aufforderung durch Vorstandsmitglieder des Vereins wurde kein Durchsuchungsbefehl vorgelegt. Als diese sich den Beamten in den Weg stellen wollten, wurden sie mit der Begründung eines „mündlichen Durchsuchungsbefehls" beiseite geschoben. Es folgte eine Hausdurchsuchung und die Durchsuchung aller anwesenden ca. 30 Personen. Obwohl sich alle ausweisen konnten, wurden 4 von ihnen zur Identitätsbehandlung mit auf die Herschelwache genommen. Trotz aller Bemühungen des Vorstandes und seiner Anwälte liegt bis heute kein schriftlicher Durchsuchungsbefehl mit entsprechender Begründung vor. Es bestehen erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser polizeilichen Aktion, die sich einreiht in eine Anzahl weiterer Repressionsmaßnahmen gegen das Kurdistan-Volkshaus in Hannover in den letzten Monaten:
- 06.03.2010, Übergriff auf eine Person nach Auflösung einer genehmigten Demonstration durch Hannoveraner Beamte, was zur Eskalation mit Verletzten führte.
- 18.04.2010, unverhältnismäßige Hausdurchsuchung des Vereinshauses durch etwa 100 Einsatzkräfte mit der Begründung „Vermuteter Verstoß gegen das Vereinsgesetz", was sich nicht bestätigte.
- Nicht-Bewilligung von Projektförderung seitens der Stadt Hannover und des Landes unter der Begründung, auch „Anhänger der PKK" würden den Verein nutzen, oder der „mehrfachen Erwähnung im Verfassungsschutzbericht 2008 des Landes Niedersachen".
- Individuelle Hausbesuche der Polizei bei kurdischen Familien in Niedersachsen mit der Aufforderung sich vom Verein zu distanzieren und dem Ziel der Einschüchterung.
- Besuche der Polizei bei Institutionen und Vereinen, die in Zusammenarbeit mit dem Kurdistan-Volkshaus stehen, mit der Aufforderung diese einzustellen.
- Permanente und sichtbare Observation der Räumlichkeiten des Vereins, sowie namentliche Ansprache von Besuchern mit anschließender Ausweiskontrolle.

Der Vorstand des Kurdistan Volkshaus e.V. (Mala Gel) bezweifelt die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahmen und fragt nach dem demokratischen Verständnis dahinter. Die seit 2 Jahren verstärkten Bemühungen um Integration scheinen lediglich mit staatlicher Diskriminierung beantwortet zu werden. Der Verein bleibt jedoch nach wie vor offen für alle Personen und wird sich auch weiterhin um die Zusammenarbeit mit verschiedensten Institutionen bemühen.
*PM Vorstand des Kurdistan-Volkshaus*

# Kundgebung und Friedenskonzert gegen Miltär in der Kirche

Das hannoversche Friedensbüro hat zusammen mit dem Friedensdienst der evangelischen Landeskirche eine Kundgebung gegen die Zusammenarbeit der Kirche mit dem Militär veranstaltet.
Ursprünglich sollte die Kundgebung zeitgleich zum jährlichen Adventskonzert der 1. Panzerdivision in der Neustädter Hof- und Stadtkirche stattfinden.
Das Militärkonzert war allerdings im September überraschend abgesagt worden. Bericht und Einschätzung
Offiziell wurde die Absage damit begründet, dass die musikalische Mördertruppe sich auf den Afghanistaneinsatz vorbereiten müsse – der seit 2007 wachsende Protest gegen den Schulteschluss von Militär und Kirche habe nichts mit damit zu tun.
2009 hatte einige Antimilitarist_innen schon zwei Tage vor dem Konzert versucht die Kirche zu besetzen.
Der Kirchenvorstand wurde aufgefordert das Konzert abzusagen und es wurde angekündigt die Kirche vorher nicht wieder zu verlassen. Erneut räumte die Polizei eine Kirche. Große mediale Aufmerksamkeit und innerkirchliche Proteste folgten ebenso. Am Tag des Konzertes demonstrierten 90 Menschen vor der weiträumig abgesperrten Kirche.
Die Besetzer_innen luden im Anschluss an die Proteste Militär-kritische Menschen aus Kirchengemeinden zu einem Treffen, um über ein mögliches gemeinsames Vorgehen zu beratschlagen.
Mit diesem Schritt war es gelungen die Auseinandersetzung von einem Protest aktiver antimilitaristischer Gruppen zu einem innerkirchlichen Konflikt auszuweiten. Wenn wir die Bundeswehr aus dem öffentlichen Raum verbannen wollen, müssen wir Wege finden antimilitaristische Positionen zu verbreitern und direkt Betroffene zu Aktivität zu ermuntern. Wenn die Bundeswehr versucht in Kirchen Fuß zu fassen, ist es wesentlich wirkungsvoller wenn sich innerhalb dieser Widerspruch regt als wenn wir versuchen von außen zu intervenieren.
Wegen der Besetzung 2009 stehen noch Verfahren wegen Hausfriedensbruch an. Gegen 3 Heranwachsende wird es voraussichtlich am **3. März Prozesse** geben! Achtet auf Ankündigungen. 9 weitere Antimilitarist_innen haben Strafbefehle erhalten, die sich auf ca 3000 € summieren. Deshalb wird weiterhin zu Solidaritätsspenden aufgerufen:

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V. Hannover
Kto.-Nr.: 0010808858
BLZ.: 76010085
Stichwort: Marktkirche

# „Die Versammlungsfreiheit dient der geistigen, nicht der akustischen Auseinandersetzung.“

Die Polizei hat nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Lüneburg Anspruch auf Lärmschutz, wenn dies dem Schutz der eingesetzten Polizisten dient. Erfolglos geklagt hatte die NPD, der 2009 bei einem Aufmarsch in Hannovers Südstadt vorgeschrieben worden war den Lautsprecherwagen auf 90 dzB zu beschränken.
Doch dieses Lärmverbot für die Faschisten und Faschistinnen ist leider gar kein Anlass zur Freude.
Mit der selben Auflage war im August 2010 ein Rave gegen Faschismus und Krieg faktisch verboten worden.
Auch Lärmbeschränkungen wie beim letzten Biwak (5 Minuten Musikunterbrechung zur Erholung der Ohren der Einsatzkräfte) werden uns in Zukunft öfter begleiten.
Gegen beide Auflagen (Rave- und Biwakdemo-Auflagen) sind noch Klagen anhängig. Auch im Zuge der Proteste gegen das Adventskonzert der 1. Panzerdivision im vergangenen Dezember hatten die Bullen über unzumutbaber Lärmbelastung geklagt. Die Einschätzung des OVGs: „Die Versammlungsfreiheit dient der geistigen, nicht der akustischen Auseinandersetzung.", wird
wird von Hannovers Polizeipräsident Uwe Binias begrüßt denn: „Sie macht es den Versammlungsbehörden künftig leichter, Polizeibeamte, Passanten und Anlieger vor unzumutbarem und gesundheitsschädlichem Demonstrationslärm zu schützen."



## Reservisten Kennlernabend gestürmt!

Am Mittwoch, den 8. Dezember veranstalte der Arbeitskreis Sicherheitspolitik der studentischen Reservistenkameradschaft Hannover ab 19 Uhr einen Informations- und Kennenlernabend in einer Kneipe. Auf Flyer und im Internet war angekündigt: „Wir freuen uns auf neue und alte Gesichter und hoffen auf rege Teilnahme!"
Bis 19.45 Uhr sah es so aus als ob nur eine Hand voll Reservisten Interesse zeigen würden, doch dann kam es doch noch zu der erhofften regen Teilnahme. Ca. 20 Antimilitarist_innen enterten unter den Augen der verdutzten anderen Restaurantbesucher_innen den Tagungsraum. Schneebälle und „Soldaten sind Mörder"-Miniflyer trafen die tapferen Kameraden, Gepöbel und Geschrei erklangen und der Kennlernabend wurde immer ausgelassener. Die „neue aufgetauchten Gesichter" brachten eine dem Anlass gebotene Mordstimmung mit. In dem, für so einen Andrang nicht ausgelegten, Raum wurde es etwas eng, doch die antimilitaristischen Besucher_innen konnten schnell Abhilfe schaffen. Tische wurden beiseite gekippt, Stuhle und Gläser flogen durch die Luft.
Die Reservisten wirken von derart reger Teilnahme dann doch irgendwie nicht so begeistert.
Enttäuscht von der Sprachlosigkeit der Gastgeber, die in ihrer unfreundlichen Art nicht einmal zu Drinks einluden, verließen die Antimilitarist_innen das Geschehen dann doch lieber mit der Ankündigung gerne mal wieder vorbeizukommen.

## Reservistenkameradschaften - Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen

„Der Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) ist ein Zusammenschluss sicherheitspolitischer Hochschulgruppen an deutschen Universitäten.[...] Der Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen ging im November 2005 aus der Bundesarbeitsgemeinschaft Studierender Reservisten hervor und setzt deren Arbeit nahtlos fort. Die Mutterorganisation des BSH ist der Verband der Reservis-ten der Deutschen Bundeswehr. Die Mitgliedschaft steht Studierenden aller Fachrichtungen, akademischem Lehrpersonal sowie Angehörigen der Bundeswehr offen."




Soweit die Selbstdarstellung des Bundesverbandes. Weiter wird ausgeführt, die einzelnen Hochschulgruppen seien „weisungsunabhängig [aber] durch den Bundesvorstand finanziell unterstützt". Der Bundesverband Sicherheitspolitik fordert in seiner Satzung die Hochschulen auf „ihre politische Verantwortung zur Sicherung und Erhaltung unseres Staates wahrzunehmen [und] ihre wissenschaftlichen Fähigkeiten in den Dienst der Sicherung der Freiheit zu stellen."
Damit gemeint ist die Ausrichtung von Forschung und Lehre an den Erfordernissen eines kriegsführenden Kontrollstaates. Genau wie in anderen Bereichen auch, sollen Reservisten und Reservistinnen an den Hochschulen als MultiplikatorInnen fungieren. Einerseits sollen sie Propaganda betreiben und ihrem Umfeld einen positiven Bezug zur Truppe und ihren Kriegen herstellen, andererseits sollen sie weiterhin dem Militär zu Verfügung stehen und ihre zivil erlernten Fähigkeiten zu Verfügung stellen. Die Gründung des Hochschulverbandes 2005 entspricht der neuen Ausrichtung des Reservistenverbandes. Seit einigen Jahren macht er nicht nur viel aktiver Öffentlichkeitsarbeit, sondern organisiert z.B. auch die Besetzung zivil-militärischer Verbindungskommandos.
Der Bundeshochschulverband gibt regelmäßig einen Newsletter heraus und fördert „junge Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft, Politik und sicherheitspolitischer Praxis", mit dem Berliner Wissenschaftsverlag.
Das Tätigkeitsfeld der einzelnen Hochschulgruppen reicht von der Organisation von Vorträgen und Diskussionen mit „Experten" über gemeinsame Kneipenbesuche und andere Unternehmungen bis hin zu regelmäßigen Übungen zur Förderung militärischer Fähigkeiten. Die Hannoveraner Reservistenkameradschaft hat zum Beispiel in den letzten Monaten, mehrmals Stammtische veranstaltet, den Weihnachtsmarkt besucht, einen Silvestermarsch und mehrere Schießübungen durchgeführt.

Am 21. Februar veranstaltet sie in einer Kaserne eine Podiumsdiskussion mit einem HAZ-Politikredakteur, zur aktuellen Lage in Afghanistan.
Die Vielfalt der Aktivitäten und die bundesweite Verbreitung der Kameradschaften laden gerade zu dazu ein, sie mit unterschiedlichsten Mitteln aus den öffentlichen Raum zu verdrängen bzw. sie massiv einzuschränken.
In folgenden Städten gibt es Kameradschaften, aber nicht alle informieren im Internet aktuell, was sie so treiben.

***Feuer und Flamme der Reserve!***
***Der Bundeswehr das Rückrad brechen!***

## ***Reservistenkameradschaften / sicherheitspolitische Hochschulgruppen:***

***Augsburg;***
***Bamberg:***
Vorstand Michael Summerer
bamberg.sicherheitspolitik.de
***Berlin:***
1. Vorsitzender Stefan Stahlberg, Master-Student Religion und Kultur Humboldt-Universität zu Berlin
2. Vorsitzende Simone Peuten, M.A. Promotionsstudentin, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder) Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestag. viel weitere Verantwortliche auf der homepage:
sipolberlin.wordpress.com
***Bielefeld;***
***Bonn;***
***Bremen;***
***Dortmund;***
***Dresden:***
1. Vorsitzender Christian Zobel
2. Vorsitzende Juliane Ulbricht stellvertretende Vorsitzende
viele weitere und aktuelle termine
dresden.sicherheitspolitik.de
***Duisburg-Essen:***
1. Vorsitzender Max Brandt
2. Vorsitzende Julia Lebedev
duisburg-essen.sicherheitspolitik.de
***Erfurt:***
erfurt.sicherheitspolitik.de
***Erlangen- Nürnberg:***
1. Vorsitzender Daniel M. Rother Student der Politikwissenschaft
2. Vorsitzender Ulrich Gernandt Student der Geschichte und der Germanistik
erlangen-nuernberg.sicherheitspolitik.de
***Frankfurt am Main;***
***Frankfurt Oder:***
frankfurt-ao.sicherheitspolitik.de
***Freiburg;***
***Göttingen:***
Vorsitzender Thomas Schmidt
weitere auf
goettingen.sicherheitspolitik.de
***Hamburg:***
1. Vorsitzender Sebastian Hoffmeister
2. Vorsitzender Oliver Jonas
Termine: Jeden 1. Donnerstag im Monat Kameradschaftsabend; jeden 3. Donnerstag im Monat: sicherheits- politischer oder militärfachlicher Vortrag. Orte und Zeiten werden per Email bekanntgegeben. www.sebbs.de/rk-ares/
***Hannover:***
Vorsitzender Marco Langerwisch
www.studres-hannover.de/
***Heidelberg-Mannheim:***
Vorsitzende: Jakob Schmitt, Geographie Universität Heidelberg;
Hendrik Herbst, Chemie, Universität Heidelberg
Stefan Jacob Universität Mannheim
heidelberg-mannheim.sicherheitspolitik.de
***Jena:***
1.Vorsitzender Joscha Rasch
2.Vorsitzende Tim Weigmann und Lennart Häusler
Treffen im WS 2010/11 jeden 1. + 3. Mittwoch 17:30 Uhr im „Stilbruch“ (Wagnergasse)
jena.sicherheitspolitik.de
***Karlsruhe:***
karlsruhe.sicherheitspolitik.de
***Kassel:***
***Konstanz:***
konstanz.sicherheitspolitik.de
***Köln:***
***Landau:***
landau.sicherheitspolitik.de
***Leipzig:***
leipzig.sicherheitspolitik.de
***Magdeburg:***
1. Vorsitzender Stefan Schumacher
2. Vorsitzende: Carsten Gloyna und Kai Festerling
sicherheitspolitik-md.dyndns.org
***Mainz;***
***München:***
1. Vorsitzende Wendy Petereit, Politikwissenschaft, Hochschule für Politik München
2. Vorsitzende Christian Kreuder-Sonnen, Politikwissenschaft; Ludwig-Maximilians-Universität München,
3. Vorsitzender Benjamin Drabnski, Politikwissenschaft, Hochschule für Politik München
muenchen.sicherheitspolitik.de
***Münster:***
Vorsitzender: Knut Bültemeier
1. Stellvertreter: Michael Multermann
2. Stellvertreter: Martin Langhorst
muenster.sicherheitspolitik.de/
***Osnabrück:***
Vorsitzende Karsten Dorndorf und Christoph Seidel
Treffen jeden zweiten Montag im Monat um 19:00 Uhr im Grünen Jäger.
os.sicherheitspolitik.de
***Paderborn:***
***Passau:***
1. Vorsitzender Christian Schmidt
2. Vorsitzender Robert Seibold
passau.sicherheitspolitik.de

***Potsdam:***
1. Vorsitzender Robert Baudner, Military Studies, Universität Potsdam
2. Vorsitzender Stephan Wolf, General History und BWL, Universität Potsdam-sipolpotsdam.wordpress.com
***Regensburg:***
regensburg.sicherheitspolitik.de
***Saarbrücken:***
1. Vorsitzender Adrian L. Flores Loth, Rechtswissenschaft, Universität des Saarlandes
2. Vorsitzende Sebastian Fell, Studium Public Management & Governance; Christine Franzreb, Rechtswissenschaften, Universität des Saarlandes
saarbruecken.sicherheitspolitik.de
***Trier:***
trier.sicherheitspolitik.de
***Tübingen:***
Vorstandvorsitzende:
Germar Dahms und Sebastian Schwarz
tuebingen.sicherheitspolitik.de
***Würzburg:***
Florian Schröder, Wirtschaftsinformatik
www.wuerzburg.sicherheitspolitik.de

Der Bundesverband betreut die Hompage www.Sicherheitspolitik.de
Die Seiten der einzelnen Kameradschaften sind sehr unterschiedlich gepflegt. *X,Y und Z*

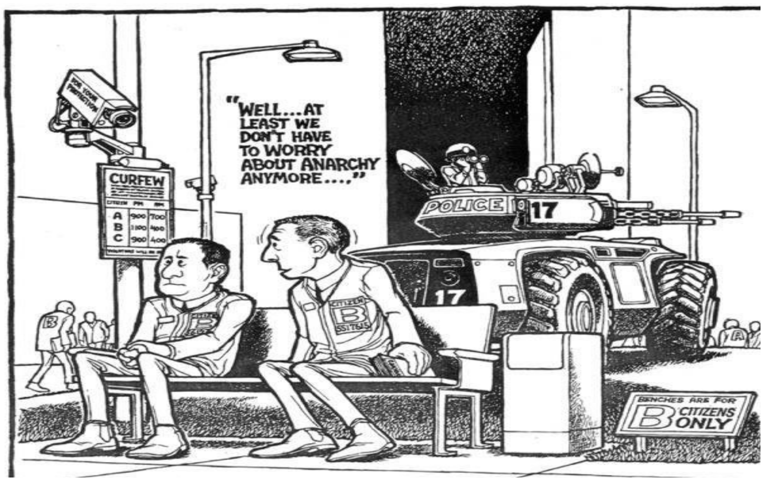



# Ermittlungsverfahren gegen antimilitarismus.blogsport.de

„Wie wir per Mail mitgeteilt bekamen, tauchte das Berliner LKA am 16.11. beim Betreiber des blogsport-Servers auf und forderte die Herausgabe der sogenannten Bestandsdaten von antimilitarismus.blogsport.de und die Sperrung einer Datei. Dem wurde notgedrungen Folge geleistet, weil ansonsten eine Durchsuchung stattgefunden hätte. Der Durchsuchungsbefehl wurde am 04.11. vom Amtsgericht Hannover ausgestellt.
Nach Angabe der Bullen wird wegen „öffentlicher Aufforderung zur Begehung von Straftaten" § 111 StGB ermittelt. Dieses bezieht sich auf einen Flyer gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision in Hannover, in dem zu vielfältigen Gegenaktivitäten aufgerufen wird. Die hannoverschen Polizeikommissarin Siedentopf, die für den Staatsschutz arbeitet, stellte die zugrundeliegende Anzeige.
Die beschlagnahmten Bestandsdaten umfassen die (bereits öffentliche) e-mail-Adresse. Verbindungs- oder Betreiberdaten der Sub-Domain werden nicht gespeichert und sind also auch nicht für den Staatsschutz zu haben.
Wir protestieren gegen die Zensur und Kriminalisierung von Antimilitarist_innen. Irritierend ist, dass die Bullen erst ein halbes Jahr nach Veröffentlichung des Flyers und 3 Monate nach dem Sommerbiwak einen Durchsuchungsbeschluss erwirken.
Auch ist bemerkenswert, dass das Ermittlungsverfahren sich gegen uns richtet und nicht gegen die Verfasser_innen des Flyers. Ein ähnliches Vorgehen gab es jedoch bereits gegen Berliner Buchläden, die die Interim und andere linksradikale Veröffentlichungen auslegen. www.unzensiert-lesen.de
Auch bei dem aktuellen Vorgehen gegen uns handelt sich um den Versuch unabhängige Medien mundtot zu machen und Zensur zu etablieren.

***Für eine starke antimilitaristische Bewegung und unzensierte linksradikale Medien!"***

*antimilitarismus.blogsport.de*




# Lebt und lest Interim!

„es gibt sie gestern nicht mehr und morgen noch nicht"
*Einstürzende Neubauten: Die Interims-liebenden*

In den vergangenen Monaten hat es seitens bundesdeutscher Behörden vermehrt Angriffe auf linke Medien und ihre Verbreitung gegeben. Zum Beispiel die Durchsuchung mehrerer Buchläden in Berlin und des kafe marat in München wegen der Verteilung der Interim oder auch die vom Amtsgericht Hannover angeordnete Hausdurchsuchung in Berlin wegen der antimilitarismus.blogsport-Internetseite.
Die Begründung der Behörden für die Repression gegen Medien bezieht sich dabei auf Ergänzungen und Verbesserungen der vielfältigen Möglichkeiten einer Nutzung militanter Mittel, die in der Interim abgedruckt wurden oder auch die zustimmende Formulierung des Gedankens, dass mehr Leute militante Mittel in konkreten Auseinandersetzungen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen - z.B. dem Sommerbiwak in Hannover - einsetzen könnten oder sollten, wie der Vorwurf im Fall der antimil-Seite lautet.
Wenn Medien also kein Sprachrohr für die herrschende Politik sein wollen, wenn sie sich dem aufklärerischen Gedanken einer Selbstbefähigung und damit Emanzipation der Menschen verpflichtet fühlen und Praxis auch theoretisch als Teil eines Emanzipationsprozesses begreifen, schließt dies zwangsläufig die notwendige Diskussion um die Wahl der und das Wissen um unterschiedliche Mittel, also das mediale Zur-Verfügung-Stellen von verschiedenen Bauanleitungen ein. Dass der Staat an dieser Stelle, der theoretischen und medialen Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten von Militanz, bereits sein Gewaltmonopol infrage gestellt sieht und eine daraus potenziell entstehende Praxis befürchtet, ist wenigstens schlüssig. Die leicht nervöse Reaktion staatlicher Behörden auf emanzipative Selbstbefä-higungs-prozesse zeigt zumindest wieder einmal die Grenzen der Demokratie im Kapitalismus auf.
Für die radikale Linke sollten die staatlichen Angriffe auf die Verbreitung linker Theorie- und Praxisansätze bzw. auf die Orte, die diesen Medien ein Forum bieten, ein Signal sein, um sich über den möglichen und notwendigen Schutz eben dieser Medien Gedanken zu machen und dafür tätig zu werden. Welche ideellen, praktischen und finanziellen Möglichkeiten gibt es, die Angriffe des Staates auf linke Medien abzuwehren? Soliparties für die Interim, das massenhafte Verteilen derselben über den üblichen Szenekreis hinaus, die Erstellung von Soli-Plakaten und Aufklebern sind da sicherlich gute erste Schritte. ***Linke Medien schützen und verteidigen!***

*AG Lesen und Kämpfen!*

---

*Für die Prozesskosten sind die Buchläden auf Spenden angewiesen:*
*Empfänger: Netzwerk Selbsthilfe e.V.*
*Kontonr.: 74 038 870 18*
*BLZ: 100 900 00*
*Verwendungszweck (wichtig!): Stichwort unzensiert-lesen*

*Erster Prozeßtermin gegen Buchläden am 18. Februar 2011*
*Um 9:00 Uhr soll der Prozeß gegen den Geschäftsführer des Buchladens oh21 im Raum 455 des Amtsgerichtes Tiergarten stattfinden. Wir freuen uns über zahlreiche Unterstützer_innen!*






# Das kleine ABC der Observation

Dieser kleine Text soll ein wenig über die Problematik von Observationen informieren. Wir wollen etwas grundsätzliches Wissen darüber vermitteln, wie personengebundene Überwachung funktioniert. Wenn das hilft, auch nur ein einziges Strafverfahren zu verhindern, lohnt es sich.
Viele glauben, eine Observation würde wie in einem Krimi ablaufen. Aber das ist leider selten der Fall. Eine Observation von Personen wird in der Regel viel aufwändiger und langfristiger durchgeführt – und sie ist schwerer zu bemerken. Wir beschäftigen uns hier damit, wie Bullen gezielte Observationen durchführen; Denn wenn man weiß, wie sie es machen, lassen sie sich auch leichter entdecken.
Natürlich lässt sich das kleine ABC der Observation auch von uns anwenden. Bei der Recherche gegen Nazis oder andere unliebsame Personen. In erster Linie geht es uns aber darum, einen kleinen Leitfaden an die Hand zu geben, mit dem eine mögliche eigene Verfolgung durch staatliche Behörden schneller entdeckt werden kann.
Niemand soll glauben, durch diesen Text sicher Verfolger_innen erkennen zu können. Auch sollte niemand in Paranoia verfallen. Es geht uns darum, Wissen zu vermitteln, das zum Handwerkszeug aller gehören sollte, die politisch und/oder kriminell engagiert sind. Nun sind sicher die Wenigsten gezieltes Opfer einer Ausspähung. Grundsätzlich gilt aber, dass alle, die linksradikal aktiv sind, das Verfolgungsinteresse des Staates auf sich ziehen. Vielleicht bist du ja auch „nur" interessant, weil dein Freund oder deine Nachbarin im Visier der Bullen stehen (also im übertragenen Sinn). Vielleicht geht es um das politische Zentrum, in dem du Freund_innen triffst oder die Vokü. Schließlich gibt es eine offizielle Initiative der Polizeibehörden des Bundes und der Länder, verstärkt Linke und ihre Zentren zu observieren und zu infiltrieren. Gegen letzteres hilft unser kleines ABC nichts.
Wir geben auch keine Tipps, wie sich einer Observation durch Personen entzogen werden kann. Denn einerseits müssen die Bullen, die ja mitlesen, darüber nichts wissen und andererseits würde das schnell dazu führen, dass sich Leute in falscher Sicherheit wiegten. Die Aneignung von sicheren Verhaltensweisen ist unser Meinung nach nur sinnvoll im Kollektiv und im direkten Austausch mit Anderen zu lernen. Das vergessen leider nur allzu oft auch erfahrene Genoss_innen in Bezug auf die Weiterentwicklung der technischen Möglichkeiten der Observation. Auf die technische Überwachung gehen wir in diesem Text allerdings nicht ein. Alle werden wissen, dass es Wanzen, Handys, Kameras, Peilsender, Trojaner etc. gibt. Dieses Wissen sollte allerdings häufiger bewusst berücksichtigt werden! Allzu oft wird nämlich dennoch sehr schlampig mit Sicherheitsmaßnahmen gegen technische Überwachung umgegangen. Diese als Mittel der Überwachung eingesetzt, dürfte ohnhin eine Vielzahl der Kommunikation und Bewegungsmuster von Personen transparent werden. Grundsätzlich gilt: Ausspionieren durch Menschen ist teuer und aufwändig.
Deswegen wird es im Speziellen nur dann viele Leute treffen, wenn es ein großes und explizites Verfolgungsinteresse gibt. Manches ist aber billig und flächendeckend einsetzbar, weil Computer oder andere Technik effektiv Aufgaben übernehmen können.Das gilt natürlich auch und in besonderem Maße für den Einsatz von Informant_innen, Spitzeln und V-Leuten.
Wir erheben im Folgenden keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir enthüllen auch nichts. Legt gerne in der nächsten Ausgabe nach, wenn ihr mehr, anderes oder Besseres wisst.
Wir verwenden teilweise einen technokratischen Bullenjargon, weil er einfache Beschreibungen zulässt. Verzeihung dafür. Nu aber los.

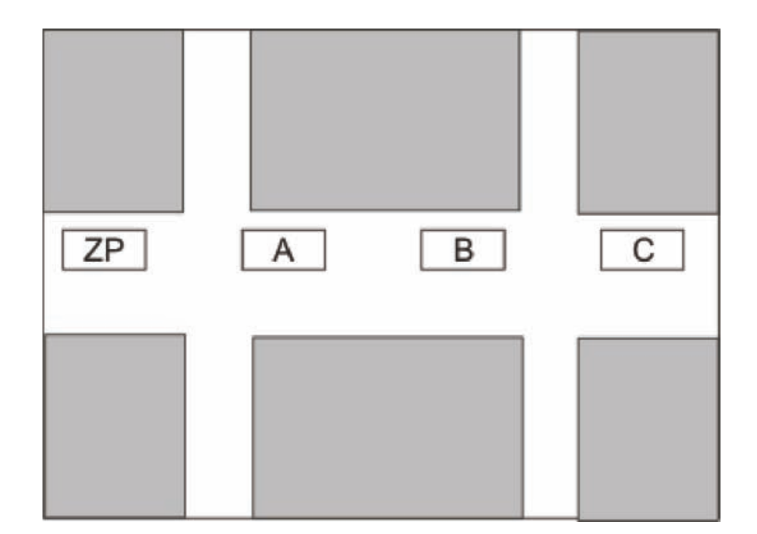
**abc...**

Unter Observation versteht man eine systematische Beobachtung von Personen oder Orten aus präventiven oder repressiven Gründen. Also entweder zur Erlangung von Beweisen oder weil vermutet wird, dass die Zielperson (ZP) etwas Interessantes machen könnte oder etwas von Interesse weiß. Das Gleiche kann für Orte gelten, an denen Beweise vermutet werden oder an denen z.B. Treffen stattfinden.
Man unterscheidet zwischen Stand- und Bewegungsobservation. Letztere umfasst Personen und Personenbeförderungsmittel (z.B. Auto, Fahrrad, Bus, Bahn, Flugzeug etc.), erstere Orte und Personen, die sich nicht vom Fleck bewegen. Das heißt, eine Observation besteht in der Regel sowohl aus Standals auch aus Bewegungsobservation. Für beide Arten gibt es klare Standardverfahren. Die kennen die Bullen natürlich, weil jede Observation nur so gut ist, wie ihre Planung und die Einsatzbereitschaft und Fähigkeit der Observierenden.
Diese, selbstverständlich auch Kripobullen und Geheimdienstmitarbeiter_innen, sind dafür gezielt geschult worden. Deswegen werden sie auch nicht so leicht zu entdecken sein, wenn sie es darauf anlegen. Zudem werden die allgemein bekannten Staatsschutzbeam

ten keine Beobachtung durchführen, die unentdeckt bleiben soll – dafür werden welche eingesetzt, die der politischen Szene unbekannt sind.
Ausgenommen, wenn wir merken sollen, dass wir oder unsere Treffen observiert werden. Zum Beispiel, um uns zu verunsichern. Auch bei einer getarnten Standortobservation können die bekannten Bullen eingesetzt werden.
Zur Observation werden Frauen und Männer eingesetzt. Viele gucken immer nur nach Männern. Das könnte schnell ein Fehler sein. Und: Sie werden nach Möglichkeit vermeiden, dir in die Augen zu gucken, weil das die Wiedererkennung erschwert.
(Wir benutzen nun aus Gründen der Lesbarkeit die Abkürzung OBS für Observant_in/n/en).
Observationseinheiten können verschiedene Größen haben. Grundsätzlich gilt aber folgender Aufbau.
Ein Observationskommando besteht aus der Führungsgruppe und zwei Observationsgruppen, die jeweils aus 4 bis 5 Observationstrupps bestehen, zu denen jeweils 3 bis 4 Leute gehören. Jeder Observationsgruppe stehen ein paar Autos zur Verfügung.
Eine Observation ist in der Regel gut vorbereitet und geplant. Dafür kann es auch vorweg eine Planungsobservation geben, die sich erstmal damit beschäftigt, was Gewohnheiten und übliche Wege der ZP sind, in der Fotos gemacht und Ortskenntnisse gesammelt werden.
Es gibt verschiedene Observationssysteme. Diese beherzigen aber alle ein paar Grundregeln.
- Die OBS sind zweckmäßig, also dem Milieu und der ZP angemessen getarnt.
- Eine Observation wird normaler Weise sofort abgebrochen oder exekutive Maßnahmen ergriffen, wenn sie aufgeflogen ist.
- Eine Zusammenballung der OBS wird vermieden. Wenn sie sich absprechen müssen, werden Handys oder Funkgeräte genutzt.
- Bei großen Observationen sind oft Reserveeinheiten eingeplant
Bei einer Standobservation, die nicht primär durch Kamera- oder Mikrophonüberwachung erfolgt, werden die Bullen aussehen wie normale Arbeiter_innen, Kneipengänger_innen, Vokübesucher_innen oder Taxifahrer_innen. Drogenbullen sehen z.B. oft tatsächlich nach Süchtigen aus und sind sehr schwer zu erkennen. Außerdem wechseln die Bullen oft Kleidung und Accessoires.
Die Standobservation ist oft mit wenigen OBS möglich. Bei der stehenden Observation nehmen diese zunächst eine Rundumstellung ein. Ein Nahobservant hält die Kontrolle über die Zielperson oder das Zielobjekt. Er steht mit den Beamt_innen in der Rundumstellung in Kontakt.
Um sich zu tarnen, kann er in einer angrenzenden oder gegenüberliegenden Wohnung oder einem Hotel Stellung beziehen. Er kann auch einen Arbeitswagen (getarnt als Handwerker o.ä.) nutzen, um sich vor einem Haus zu positionieren. Ein sog. Abdeckwagen kann vor dem Haus geparkt werden. In ihm sitzen dann die OBS. Oder er geht einfach zu Fuß oder steht an der nächsten Straßenecke. Dann muss er aber oft abgelöst werden, um nicht aufzufallen.
In der Regel wird ein zweiter OBS eingesetzt, damit nichts übersehen wird.
Bei der Standobservation werden oft Eingänge von Häusern komplett kameraüberwacht oder die sich dort bewegenden Personen fotografiert.
Für eine einfache Bewegungsobservation braucht man mindestens 3 bis 4 Bullen pro ZP. Es muss sich häufig abgewechselt werden, um einer Enttarnung zu entgehen. Auch muss sich eine Observationsgruppe aufteilen können, falls die ZP eine andere Person trifft und diese danach getrennte Wege gehen.
Wenn die ZP nicht unauffällig direkt beobachtet werden kann, werden auch gerne Schaufensterscheiben o.ä. als Spiegel benutzt. Auch durch Autofenster oder andere Tarnobjekte kann man ganz gut sehen.
Der OBS richtet seinen Abstand zur ZP so ein, dass er immer auf ihr überraschendes Handeln reagieren kann.
Dabei wird der Abstand variiert. So soll auch vermieden werden, dass eine eventuelle Gegenobservation (zur Enttarnung der eigentlichen Observation) erfolgreich ist. Glaubt ein Bulle aufgeflogen zu sein, wird er abgelöst und erst später wieder in der Nähe der ZP eingesetzt.
Betritt die ZP ein Wohnhaus, wird ihr in der Regel nicht gefolgt. Die OBS versuchen zu sehen, ob und wo geklingelt wird, an welchem Treppenabsatz die ZP zuletzt gesehen oder wo Licht angemacht wurde. Danach wird gecheckt, ob das Haus andere Ausgänge hat und ob der Standort der OBS möglicherweise von einem Fenster aus beobachtet werden kann.
In Kaufhäuser werden die OBS grundsätzlich folgen, weil es viele Ausgänge gibt und das Risiko jemanden aus den Augen zu verlieren recht hoch ist. Wenn genügend OBS vor Ort sind, werden gerne präventiv alle Ausgänge besetzt.
Auch in eine Kneipe oder ein Café wird ein OBS in der Regel folgen, weil man sich ja mit einer anderen Person treffen könnte. Nur wenn der Raum oder die Situation dies nicht zulassen, wird von außen (Fenster) beobachtet oder der Eingang überwacht. Der OBS in der Kneipe wird fast nie der sein, der die Verfolgung nach Verlassen der Kneipe wieder aufnimmt! Er wird sich erst

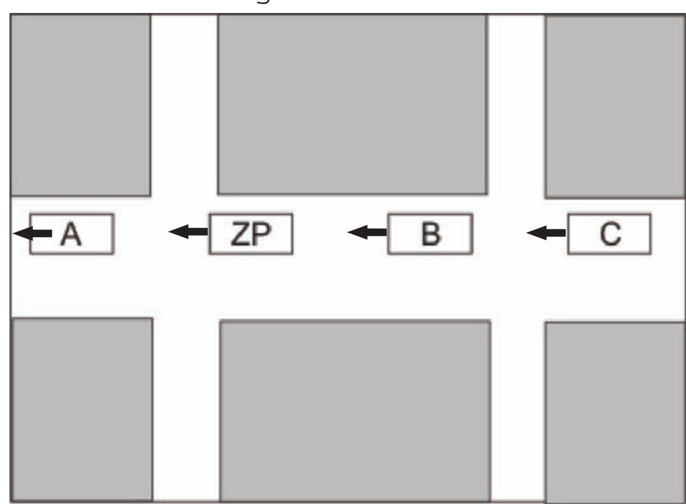
später wieder der ZP nähern.
Betrittst du einen Park werden die OBS meistens (aber nicht immer!) eine Rundumstellung oder eine Observationsreihe einnehmen und dich an Ausgängen oder durch Blickachsen im Auge behalten. Ist der Park groß, werden sie auf das ABC-System zurückgreifen (s.u.).
Bei öffentlichen Veranstaltungen, bei denen viel los ist, werden die OBS der ZP ziemlich dicht auf die Pelle rücken. Das machen sie, damit niemand entwischt; aber auch, um sehen zu können, ob z.B. Übergaben stattfinden. Je verwinkelter und enger so ein Ort ist, desto schwieriger haben es die Büttel.
Um ein Fahrzeug sicher zu verfolgen, braucht man mindestens 3 bis 4 Observationsfahrzeuge. Die Autos der Bullen sind unauffällig und meistens gängige viertürige Modelle. Sie haben oft Wechselkennzeichen oder abziehbare Firmenwerbung (in Hannover werden z.B. Polizeifahrzeuge mit Aufklebern der Deutschen Bahn eingesetzt). Sie sind der Gegend und dem Milieu angepasst (also kein klappriger alter Golf in einem Villenvorort).
In der Regel nutzen die Bullen ein sog. Basisfahrzeug, in dem weitere OBS, aber auch Proviant, Ausrüstung, Wechselkleidung, Accessoires, Klappräder o.ä. sein können. Dieses ist Teil der Observation, hält sich aber meist im Hintergrund auf. Das gilt, egal ob du zu Fuß, mit dem Fahrrad, der Bahn oder einem Auto unterwegs bist. Das Basisfahrzeug ist so etwas wie die Einsatzleitung vor Ort.
Wenn ein fahrendes Fahrzeug observiert wird, versuchen die Beobachter im fließenden Verkehr nicht aufzufallen. Das heißt, sie werden nicht langsam hinter jemandem her fahren, wenn alle anderen Verkehrsteilnehmer_innen schnell fahren, sie werden nicht im letzten Moment mehrfach hintereinander bei rot über eine Ampel fahren, sie werden keinen künstlichen Abstand halten. Zwischen dem Zielfahrzeug und den OBS wird, so es geht, ein unbeteiligtes Fahrzeug gelassen. Auf Straßen mit vielen Ampeln oder viel Verkehr wird jedoch dicht aufgefahren, um das Risiko des Kontrollverlustes zu minimieren. In diesem Fall erfolgt eine relativ häufige Abwechslung. Auf mehrspurigen Straßen werden die Observationsfahrzeuge die Spur des Zielfahrzeuges nutzen und nur zum Überholen nebenher fahren. Beim Abbiegen wird das direkt folgende Fahrzeug zunächst geradeaus weiterfahren und erst ein nachkommendes folgt in Abbiegerichtung. Wenn das Zielfahrzeug anhält, wird das erste Folgefahrzeug weiterfahren und alle anderen werden unverzüglich Halteplätze suchen; möglichst eines mit Sichtkontakt zum Ziel. Ansonsten wird jemand aussteigen und nachgucken, was die Zielperson macht. Selbst wenn diese das Auto verlässt, ist davon auszugehen, das das KFZ weiterhin beobachtet wird!
In eine kleine Sackgasse wird normalerweise nicht per Fahrzeug gefolgt. In diesem Fall wird die Aufklärung durch eine Fußobservation abgelöst.
Wenn die Zielperson mit Moped oder Motorrad unterwegs ist, werden die Bullen versuchen auch mit entsprechenden Fahrzeugen zu folgen. Zumindest mit einem. Wenn die ZP Fahrrad fährt, wird mindestens ein OBS auch per Fahrrad an ihr dran sein – davon sollte man zumindest aussgehen.
Einer sich zu Fuß bewegenden Person folgen die OBS mindestens zu dritt. Grundsätzlich werden Fahrzeuge zusätzlich eingesetzt. Diese führen Reserve-OBS hinterher und treten beim Übergang der Fußobservation in eine Fahrzeugobservation in Aktion.
Wenn öffentliche Verkehrsmitteln benutzt werden, folgen oft Observationsfahrzeuge der ZP. Ansonsten werden aber OBS mit in die Bahn steigen. Sie werden in der Regel einen anderen Eingang als die ZP nehmen und sich in der Nähe verschiedener Ausgänge postieren. Sie werden niemals mit der ZP im letzten Moment aus der Bahn springen, wenn diese dadurch versucht, sie abzuschütteln oder zu enttarnen. Das gibt es nur im Film. In diesem Fall würde versucht werden, die nächste Station zu überwachen oder eine fahrzeugbegleitete Observation als Observationskette oder -kessel (s.u.) durchzuführen.

## Was ist was?




***Reihenobservation***
Die Reihenobservation wird bei der fließenden (sich bewegenden) Observation eingesetzt. OBS folgen der ZP zu Fuß oder in Fahrzeugen in einer Reihe hintereinander und lösen sich in der Reihenfolge ab. Dies ist die einfachste Form der Observation.

Doppelreihenobservation
Diese findet nur bei der Fußobservation Anwendung. Mehrere OBS folgen der ZP zu Fuß in einer Reihe hintereinander, andere OBS gehen auf der anderen Straßenseite – in Reihe – etwa in Höhe der der ZP direkt folgenden Observationsreihe. Sie stehen selbstverständlich untereinander in Kontakt miteinander und lösen sich innerhalb der einzelnen Reihen und zwischen ihnen ab. Diese Methode wird als ABC-System (s.u.) angewandt und ist die häufigste und unauffälligste Methode.

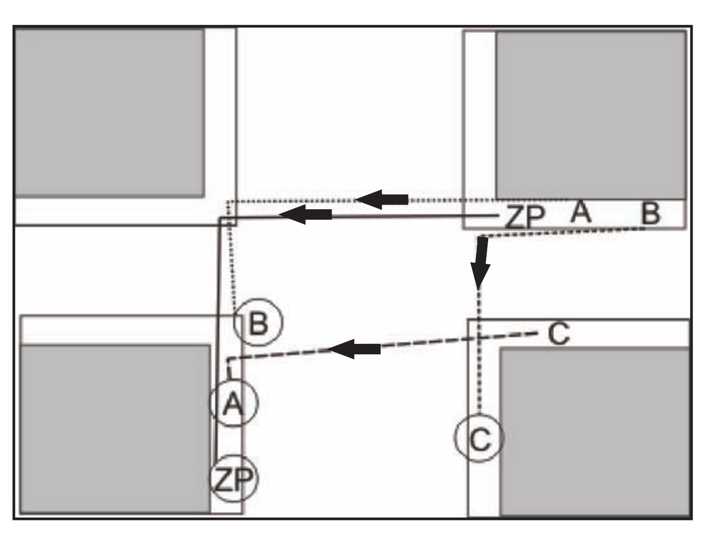



***Vorgesetzte Reihenobservation***
Sie wird zur Fuß- und Fahrzeugobservation eingesetzt. Die OBS folgen der ZP in einer Reihe. Aber ein OBS befindet sich immer vor der ZP! Dieser wird durch Funk oder Handy von den anderen OBS „gesteuert". Hier ist die ZP in einer Zange und hat große Schwierigkeiten, die Observation zu bemerken. Das gilt erst recht, wenn diese als Vorgesetzte Doppelreihenobservation nach dem ABC-System ausgeführt wird. Trotzdem werden die Positionen der OBS häufig gewechselt.

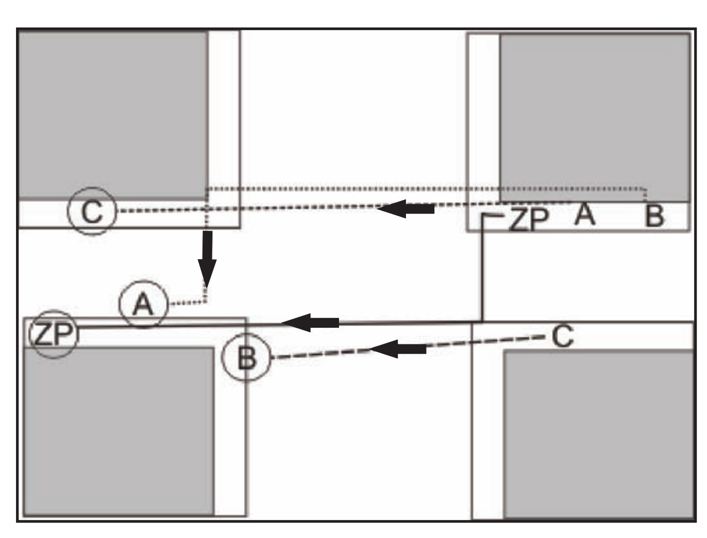
ABC-System
Das ABC-System ist eine Ausführungsart der fließenden Observation (der Beobachtung von sich bewegenden Personen oder Fahrzeugen).
Für die Anwendung dieses Systems sind mindestens drei OBS nötig. OBS A folgt der ZP auf der gleichen Straßenseite, gefolgt von OBS B; OBS C hält sich auf Höhe der ZP, jedoch auf der anderen Straßenseite auf. Die verschiedenen OBS stehen durch vereinbarte Verständigungszeichen oder Funk- und Telekommunikation miteinander in Verbindung und lösen sich häufig untereinander ab. Das ABC-System hat den Vorteil, dass durch das Besetzen der Position von OBS C an Straßenkreuzungen, -abzweigungen und -einmündungen eine gute Beobachtungsmöglichkeit der ZP gegeben ist und beim Gehwegwechsel der ZP kein auffälliges Überqueren der Fahrbahn durch direkt folgende OBS nötig ist.

**Beispiele:**

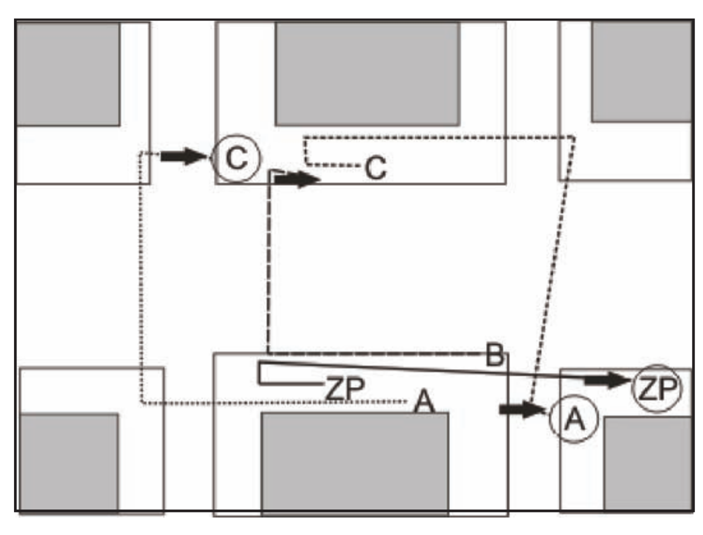
[A = Ausgangsposition, A im Kreis = neue Position und Funktion]



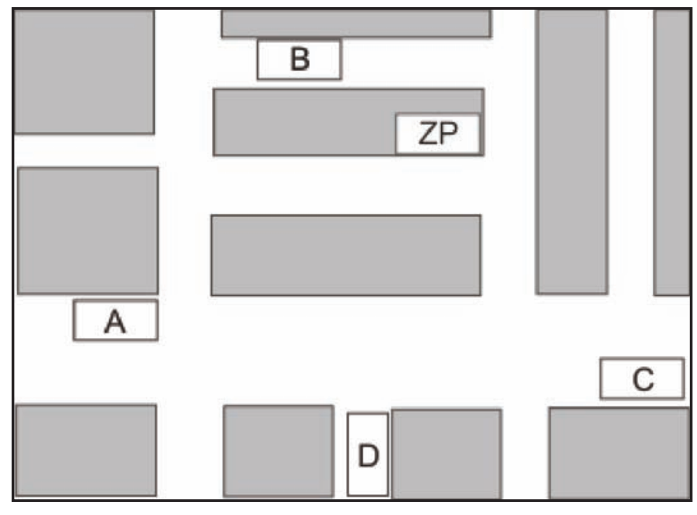

1) Abbiegen




2) Straßenseite wechseln

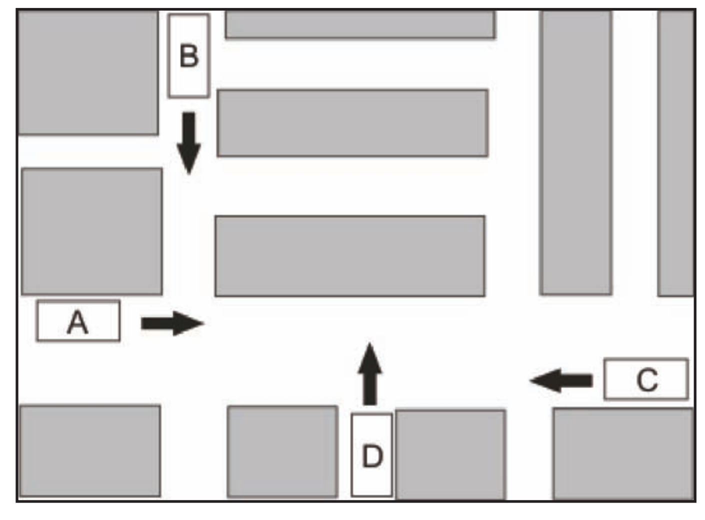



3) Umkehren




***Observationsglocke***

Diese ist eine Aufstellung der OBS bei einer stehenden Observation. Sie dient als Ausgangsstellung. Ein/e getarnte/r Nahobservant_in hält zusätzlich die Zielperson oder das Zielobjekt unter Kontrolle und steht mit den in Rundumstellung befindlichen anderen OBS in Verbindung. Zur Nahobservation wird oft ein sog. Abdeckwagen genutzt, der ein getarntes Fahrzeug ist, dessen Position gute Sicht auf das Zielobjekt ermöglicht.




***Observationskessel***

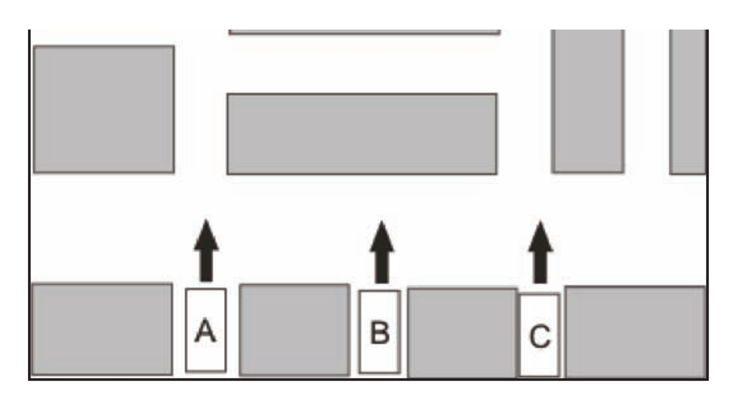
Er findet bei Fuß- und Fahrzeugobservationen dann Anwendung, wenn die ZP außer Kontrolle geraten ist. Die OBS bewegen sich nach Umstellung eines bestimmten Raumes konzentrisch auf einen Mittelpunkt zu, in dem die ZP vermutet wird. Diese Methode kann kombiniert mit der Observationskette angewendet werden.

***Observationskette >>>***

Hier durchkämmen die OBS ein Gebiet, wenn die ZP verloren gegangen ist. Dabei bewegen sie sich in einer Art Kette in die Richtung, in die sich die ZP bewegt hat oder bewegt haben kann.

Die Fahrzeugobservation wird als Reihen-, Vorgesetzte Reihen- oder Abschnittsobservation, sowie als Observationskette oder -kessel durchgeführt.
Die Fußobservation wird als Reihen-, Doppelreihen, Vorgesetzte Doppelreihen- oder Abschnittsobservation nach dem ABC-System und als Observationskessel und -kette durchgeführt.
Das sind natürlich sehr schematische Darstellungen. In Wirklichkeit sind gute OBS in der Lage relativ flexibel zu reagieren und auch das Observationssystem schnell zu wechseln.
Wie oben schon erwähnt, verkneifen wir uns an dieser Stelle Tipps zum Abschütteln von Bullen. Um sie überhaupt sicher zu entdecken, ist auch schon ein gehöriger Aufwand nötig. Es reicht nicht, und das ist hoffentlich deutlich geworden, mal kurz zu gucken, ob an der nächsten Ecke ein Typ mit tief ins Gesicht gezogener Mütze steht, der einem komisch hinterher guckt.
Die klassische Observation ist polizeilicher Alltag. Das bei der Planung und Durchführung illegaler Aktivitäten nicht zu berücksichtigen, wäre ein großer Fehler. Mit etwas mehr Vorsicht wären einige Verhaftungen (auch von Genoss_innen) zu vermeiden gewesen.
Trotz aller Finten und Überwachungstechnik ist der Staat jedoch nicht allmächtig. Observant_innen sind auch nur Menschen und machen also auch Fehler, müssen pinkeln, sind müde, lustlos oder denken an den nächsten Urlaub. Sie agieren oft nach eingefahrenen Mustern und lassen sich überraschen. Da muss man nur etwas Kreativität an den Tag legen ohne sich selbst überheblich für allzu pfiffig zu halten. Denn die Bullen sind geübt und kennen viele Tricks, während wir uns erst welche aneignen und sie ausprobieren müssen.
Es wäre schön, wenn es Leute gäbe, die was zum Einsatz technischer Überwachungsmittel schreiben könnten – das ist ein ziemlich umfassender Komplex für sich.
Haltet die Augen offen!

*Eure Anti-OBS*



# 38 Jahre UJZ Korn – Zeit zu wachsen

Das UJZ Korn in Hannover existiert seid 1972 und ist damit das älteste noch existierende, unabhängige Jugendzentrum in der BRD.
Durch die vielen unterschiedlichen Nutzer_innen haben sich selbstverständlich im Laufe der Jahre auch die politischen, sozialen und kulturellen Schwerpunkte immer wieder verändert. Das UJZ Korn war aber immer Raum sozialer Kommunikation, politischer Auseinandersetzung und Organisierung und kulturellen Lebens – und dafür soll es bald noch mehr Raum geben.
Doch zunächst ein wenig zur Geschichte:
**1972** pachtete der „Verein für angewandte Sozialarbeit", nach monatelangen Forderungen der „Initiativgruppe Jugendzentrum" und einer schnell geräumten Besetzung, die Gebäude in der Kornstraße 28 und 30. Das UJZ Kornstraße versteht sich seitdem als Aktionszentrum der außerparlamentarischen Bewegung. Eine Kneipe als öffentlicher Bereich, wurde aufgebaut. Ein Buchladen- Ernst Thälmann Buchladen (später heiß er Internationalismus Buchladen) - zieht ein.
**1973** eröffnete der Kinderladen. Im Rahmen der „proletarische Jugendarbeit" wurde versucht arbeits- und wohnungslosen Jugendliche durch die gemeinsame Gestaltung ihrer Freizeit zu politisieren. Ab **1974** wurde das UJZ gefördert, da eine derartige „Sozialarbeit" kaum ehrenamtlich zu leisten war. Im Rahmen der „proletarischen Jugendarbeit" wurden Werkstätten aufgebaut. Der Versuch diese zu außerbetrieblichen Lehrwerkstätten zu machen scheiterte. Eine wichtige Rolle spielte die Antirepressionsarbeit, die sich mit Hilfe für „straffällig" gewordene Jugendliche beschäftigt. Außerdem wurde ein Wohnprojekt für Jugendliche aufgebaut. In dieser Phase spielte auch die Auseinandersetzung mit autonomen Arbeiter_innenkämpfen eine große Rolle. Solidarität mit Betriebsbesetzungen und anderen Projekten im Stadtteil nahmen viel Raum ein. Das Verhältnis zur Stadt war in dieser Phase durch die permanente Auseinandersetzung um die weitere Förderung geprägt.
Ab **1975** führte die Neuorientierung im Zentrum mitten hinein in die „neue" Anti-AKW-Bewegung. Ausgehend von den Protesten gegen eine mögliche Wiederaufbereitungsanlage im Lichtenmoor, wurde die „Korn" zum Mittelpunkt der hannoverschen Anti-AKW-Bewegung. Mit den Niederlagen der Anti-AKW-Bewegung in den Jahren **‚77** (Kalkar) und **‚78** (Grohndeprozesse) war auch das UJZ zum „Abschuß" freigegeben.
Was sich schon mit dem alljährlichen Gefeilsche um die Förderung abzeichnete, setzte sich jetzt durch. Dem UJZ wurde **1979** auf Druck der Bezirksregierung und der Verwaltung die Förderung gestrichen. Ab **1979** belebte eine neue Jugendbewegung, die zunächst als New-Wave-, dann als Punk-Bewegung auftrat, die Korn. Gleichzeitig schwappte eine breite Hausbesetzer_innenbewegung über das Land, so waren in Berlin über 100 Häuser besetzt und auch in Hannover kam es von **1979** bis **‚81** zu zahlreichen Hausbesetzungen. Mit den Protesten gegen die öffentlichen Rekrutengelöbnisse **1980** kam noch eine antimilitaristische Position hinzu, lange vor der „großen Friedensbewegung". In all diesen Kämpfen vertrat die Korn eine der radikalsten Positionen, die vom sozialrevolutionären Anspruch der neuen Jugendbewegung getragen wurde. Dies schlug sich auch in einer Eskalation der Repression gegen die Korn nieder. So war es auch kein Zufall, dass nach dem Rekrutengelöbnis und massiven Ausschreitungen und Plünderungen in der City die Korn gerazzt wurde.
Eine Mitarbeiterin des Zentrums wurde unter der politischen Maßgabe der Staatsanwaltschaft, „endlich jemand aus der Korn zu haben", zu 1 1/2 Jahren Knast verurteilt. Gleichzeitig kam es zu mehreren Ermittlungsverfahren gegen den Vereinsvorstand, wobei versucht wurde, ihn mit Hilfe von Konstruktionen wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" zu kriminalisieren.
Das Jahr **1982** brachte eine weitere Veränderung. Der Pachtvertrag lief nach 10 Jahren aus. Das Zentrum wurde daraufhin von einer Immobilienverwaltungsgesellschaft gekauft, die von Mitarbeiter_innen des Zentrums gegründet worden war. Dies hatte zwei Folgen: Zum einen reduzierte es die Möglichkeiten der Einflussnahme staatlicherseits (Obwohl auch eine Enteignung ins Auge gefasst wurde), zum anderen wurde der ökonomische Druck auf das Zentrum erheblich erhöht. Da sich der „aktionsorientierte" Ansatz der 80er Bewegung sich auf Dauer nicht aufrechterhalten ließ, zerfiel die Einheit der Bewegung zunehmend. Einem sich entpolitisierenden und konsumorientierten Kulturbereich stand ein sich zunehmend auf feste Gruppen beziehender politischer Zusammenhang gegenüber. Während dies auf der einen Seite die Zeit der Konzerte mit den großen amerikanischen Punk- und Hard-Core-Bands sowie allwöchentlichen Disko‘s war, waren es auf der anderen Seite vor allem Initiativen im antimilitaristischen Bereich, wie gegen die IDEE-Militärmesse, die Nato-Munitionstransporte, die „Bombenzüge", oder gegen die Nato-Herbstmanöver.

Hinzu kamen noch unterschiedliche Einschätzungen zu den „Chaos-Tagen". Während die ersten Chaos-Tage unter dem Motto: „Gegen die Punker-Kartei" noch einhellig begrüßt wurde, gab es angesichts des Mottos der zweiten (Punks uns Skins - United) scharfe inhaltliche Widersprüche. Als es dann vor dem UJZ zu schweren Auseinandersetzungen zunächst zwischen Nazi-Skins und Punks kam, danach mit der Polizei, war die Korn bei den dritten „Chaos-Tagen" geschlossen.
Es gab eigentlich nur zwei Momente, die der zunehmenden Zersplitterung entgegenstanden. Zum einen entstand durch die zunehmenden Angriffe von faschistischen Skinheads auf die Besucher_innen der Korn und auf das Zentrum selbst, die Notwendigkeit, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Nachdem es durch gemeinsamen Widerstand gelungen war, die faschistischen Angriffe auf die Korn zu stoppen und die Faschos dann auch noch aus der Innenstadt zu vertreiben, stieß die Bewegung aufgrund ihrer unterschiedlichen Ausgangslage an ihre Grenze. Sie stellte aber eine wichtige politische Erfahrung dar, als nach den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock und den Brandanschlägen von Mölln und Solingen eine neue antifaschistische Bewegung entstand.
Das zweite Moment war die Sprengelbesetzung. Weit davon entfernt, dass die Korn diese initiiert oder organisiert hätte, war die Korn doch der Ort, wo sich viele, die dann die Besetzung durchführten, sich getroffen, kennengelernt und diskutiert haben. Andersrum hat sich die Vielfältigkeit von Sprengel belebend auf die Korn ausgewirkt und es haben sich bis heute enge Beziehungen erhalten.
Das Jahr **1988** stellt einen weiteren Einschnitt dar. Die „Immobilienverwaltungsgesellschaft" war Pleite, die Zwangsversteigerung stand an. In dieser Versteigerung gelang es einem neuen Trägerverein, dem „Verein zur Förderung politischer Jugendkulturen" die Dies hatte zunächst paradoxerweise die Folge, dass sich die ökonomischen Belastungen reduzierten. Wichtig war aber vor allem, dass im Entscheidungsprozess, hin zur Versteigerung, die Gruppe, die den kulturellen Bereich getragen hatte, aus dem Zentrum ausstieg. Damit war erstmals seit **1984** wieder die Spaltung des Zentrums aufgehoben.
**1991** gelang zudem nach jahrelangem zähen Ringen, Sanierungsgelder für die Korn zu bekommen. Dies hieß nicht nur eine 2 1/2 jährige Bauphase, sondern eben auch eine moderne und umweltgerechte Heizung nach 1 1/2 Jahrzehnten Kohlenheizung, Lärmdämmung und überhaupt akzeptable räumliche Voraussetzungen für die weitere Arbeit. Natürlich war die Entscheidung, das erste Mal seit **1978** Staatsgelder in Anspruch zu nehmen, nicht einfach. Die Bedingung für die Gewährung der Gelder, die Festschreibung der Gebäudenutzung als Jugendzentrum und Kinderladen, kam unseren eigenen Zielen allerdings und war eingrenz- und einschätzbar, da mit keinerlei politischen Auflagen verbunden.
Die **90er** waren wie schon angedeutet auch in Hannover durch das Entstehen einer neuen antifaschistischen Bewegung geprägt. In den letzten Jahren kamen zunehmend von antimilitaristische Aktivitäten hinzu.
Doch die damals entwickelten inhaltlichen und praktischen Schwerpunkte haben seitdem weitgehend Kontinuität. Konkret drückt sich dies in langjährig bestehenden Strukturen aus. 2 mal wöchentlich Vokü und Kneipe, eine türkische und eine deutsche Bibliothek/Infoladen, Party- und Konzertgruppen, ein Frauen- und zwei weitere Gruppenräume, Kinderladen uvm.. Außerdem konnte der Konzertraum ausgebaut werden. Neben den bereits erwähnten antifaschistischen und antimilitaristischen Gruppen wird die Korn von zahlreichen weiteren Gruppen genutzt. Feministische und antirassistische Gruppen nutzen die Korn ebenso wie globalisierungskritische oder Anti-AKW Aktivist_innen uvm.
Das Plenum hat sich zu einem kollektiven Entscheidungsgremium entwickelt, das die Gruppen- und Bereichsübergreifende Hintergrundarbeit macht. Seit **2003** bekommt die Korn von der Stadt, eine nicht an politischen Bedingungen geknüpfte, teilinstitutionelle Förderung, in Höhe von jährlich 31.000 € für eine Stelle mit 29 Stunden. Organisatorisch und finanziell steht die Korn auf gesicherten Füßen. Alle laufenden Kosten können aus Eigenmitteln gedeckt werden und die alten Kaufkredite sind **2010** ausgelaufen.



Gleichzeitig nutzt in allen drei Projektlinien (sozial, kulturell, politisch) eine steigende Anzahl von Menschen und Gruppen die Korn und ihre Infrastruktur für ihre Arbeit.
38 Jahre nach dem Entstehen und 23 Jahre nach dem Kauf läuft es so gut, dass es mittlerweile häufig zu eng wird. Zu den Vokūs kommen so viele Leute, dass zumindest bei schlechtem Wetter, der Platz nicht für Alle reicht und das Kochen in der kleinen Küche zur Herausforderung wird. Auch die Gruppenräume stoßen an ihre Kapazitätsgrenzen. An manchen Tagen sind einfach alle Räume belegt und es ist nicht mehr möglich zusätzlichen Gruppen Räume für Treffen anzubieten. Außerdem brauchen wir einen zweiten Veranstaltungsraum, Archivräume und mehr Toiletten.
Ganz zum Schluss hätten wir dann noch einen kleinen Überschuss an Platz. Auf alten Aufklebern hieß es „UJZ Korn ein Haus mit vielen (T)Räumen". Es braucht Raum um träumen zu können. Wo schon jeder m² verwaltet ist, bleibt kein Platz dafür. Deshalb wird es Zeit zu wachsen.
Seit einiger Zeit steht das Haus neben dem UJZ, die Kornstr. 32, leer.
Wir haben uns deshalb entschlossen:

***Wir wollen es kaufen!!***

***5€ + X***
Die finanzielle Unabhängigkeit der Korn ist eine wichtige Voraussetzung um Raum für selbstorganisierte und emanzipatorische Projekte zur Verfügung stellen zu können. Wenn für den Kauf des Nachbarhauses einen neuer Kredit aufgenommen wird, helfen viele kleine, monatliche Spenden, langfristig zu planen, die Korn zu erweitern und dabei unabhängig zu bleiben. Wenn auch du willst, dass es mehr Raum für widerständige Politik und unkommerzielle Kultur gibt, unterstütze die Korn mit einer kleinen monatlichen Spende, in einer Höhe deiner Möglichkeiten! Ein Lastschriftmandat gibt es im Internet und zu den Bürozeiten in der Korn (Mo. - Do. 10 - 15 Uhr).

Füll es aus und schick es an:

Verein zur Förderung politischer Jugendkulturen e.V.
Kornstraße 28 - 30
30167 Hannover.

Auch einmalige kleinere Spenden oder Solipartys helfen uns!

# Castorblockade bei Dalle

Am 7.11.2010 blockierte ein Gruppe unabhängiger Aktivisten den Castortransport mit radioaktivem Schrott von La Hauge nach Gorleben bei Dalle (zwischen Celle und Uelzen) und erzwangen eine mehrstündige Pause des Zuges. Hier die damals veröffentlichte Erklärung:
Was Kritiker_innen und Aktivist_innen schon vor Jahrzehnten wussten, ist inzwischen durch zahllose Studien, Gutachten und Erfahrungswerte belegt: Die Atomkraft ist eine Technologie ohne Zukunft.
Strahlende Brennelemente auf Gleisen quer durch Frankreich und Deutschland zu karren ist ein enormer Unsicherheitsfaktor. Wichtiger noch: Es gibt




weltweit kein sicheres Endlager für Atomschrott, wie die Debatte um den Standort Gorleben und die Erfahrungen mit dem gescheiterten Modell-Endlager Asse II eindrucksvoll offenbarten. Ebenso wie die Asse steht auch der Gorlebener Salzstock nicht für eine Lösung des Atommüllproblems, sondern für dessen Verlängerung. Zu allem Überfluss sollen die heutigen und die zukünftigen Generationen dieses unberechenbare Risiko auch noch für eine vollkommen unnötige und ineffiziente Technologie auf sich nehmen: Atomstrom ist weder flexibel, noch günstig, noch grün - zum Beispiel wegen des notwendigen Uranabbaus.
Dieser findet unter menschenverachtenden Bedingungen bei ungenügenden oder nicht vorhandenen Strahlenschutzvorkehrungen für Arbeiter_innen und Anwohner_innen zumeist in den Gebieten indigener Völker oder anderer unterprivilegierter Gruppen statt. Das Uran wird um den Globus transportiert und straft die Worte von der heimischen Atomenergie lügen.
Die Bedürfnisse und Interessen unzähliger Menschen entlang der Produktionskette sowie der Betroffenen eines

eventuellen GAUs werden weiterhin ignoriert, wenn massive Polizeiaufgebote Castortransporte und längere Laufzeiten gegen die Proteste aus der Bevölkerung durchsetzen.
Das und die Herrschaftsverhältnisse, aus denen die Atompolitik von oben entspringt, halten wir für nicht unverantwortbar. Deshalb möchten wir aktiv werden, unser Leben selbst in die Hand nehmen und in die Gestaltung der Welt um uns herum eingreifen.
Um ein direktes Resultat zu erreichen und Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit des unabhängigen Engagements auch kleiner Gruppen von Menschen zu richten, haben wir uns für diese Aktionsform entschieden.
Die Aktion wird ein rechtliches Nachspiel haben, welches Geld kostet. Menschen die die Aktion unterstützenswert finden und Geld entbehren können, können es auf folgendes Konto transferieren:

„Spenden&Aktionen"
Stichwort: Castorblockade Dalle
Kontonr.92881806
BLZ: 513 900 00 (Volksbank Mittelhessen)

Soliparty „Glitzern statt strahlen - raven bis zum Sonnenaufgang" am 12.03. im UJZ-Korn in Hannover. Flyer's comming soon!



**Werbeunterbrechung:**
*„Der LAIKA-Verlag hat es sich mit der Bibliothek des Widerstands seit März 2010 zur Aufgabe gemacht, die hundert wichtigsten Filme der weltweiten Protest- und Widerstandsbewegungen seit den sechziger Jahren neu auf DVD herauszugeben. Viele erscheinen erstmals im deutschsprachigen Raum oder zum ersten Mal in deutscher Sprache. Einige der Filme waren nur noch schwer zu bekommen oder mussten aufwändig restauriert werden: so beispielsweise der bereits erschienene Film „Portreit of a Revolutionary" über die Black-Power-Aktivistin Angela Davis in Band 2 der Bibliothek des Widerstands." (aus der Pressemitteilung des LAIKA-Verlags)*
*In Zukunft sollen in diesem Rahmen die Filme samt dazugehörigen Büchern rezensiert werden: entweder von Euch, falls ihr euch dafür begeistern könnt - oder von uns, falls nicht. Die Bibliothek des Widerstands ist in dem Buchladen eures Vertrauens erhältlich, die Bände kosten jeweils um die 20,-€. www.laika-verlag.de*




## Hausbesetzung Solidarität mit Liebig 14

In Hannover wurde um 31.01. ein seit längerer Zeit leerstehendes Haus in der Schaufelderstr. (Nordstadt) besetzt.
„Heute morgen um kurz nach 5 Uhr hat die Polzei das gestern von uns besetzte Haus in der Schaufelder Straße geräumt.
Nachdem über 80 Menschen aus Solidarität mit dem von Räumung bedrohten Hausprojekt Liebigstr.14 (in Berlin) in Hannover ein seit Jahren leerstehendes Gebäude besetzt hatten, haben die Bullen unserer Aktion heute ein Ende gesetzt.
Gegen 5 Uhr wurden die anliegenden Straßen von über hundert behelmten Polizist_innen gesperrt und Straßensperren aufgestellt. Bullen drangen in das Gebäude ein und nahmen 16 Personen in Gewahrsam.
Dabei wurde gezielt die Öffentlichkeit vom Geschehen ferngehalten, obwohl Anwohner_innen sich solidarisch mit uns zeigten.
Wir fordern die sofortige Freilasssung aller Festgenommenen.
Im Laufe der Aktion haben uns dutzende Anwohner_innen unterstützt, das Haus besichtigt, Getränke und Material zur Verfügung gestellt und sich über die Situation im Haus und über die Liebigstraße informiert. Wir bedanken uns für diese Unterstützung.

Es wird weiterhin Protest und Widerstand gegen die Räumung von selbstverwalteten Häusern und Wohnprojekten geben - in Hannover und anderswo. Das gilt erst recht, falls am 02.2.2011 die Liebig 14 tatsächlich geräumt werden sollte!
Die Häuser denen, die drin wohnen! Solidarität mit den Bewohner_innen der Liebig 14!"
*Besetzer_innengruppe Schaufelder Straße*




Am Abend der Räumung des Wohnprojekts Liebig 14 in Berlin, gab es in Hannover es am am Abend eine Spontandemonstration mit ca. 50 Personen. Zwei Personen wurden festgenommen. Zu diesen Verfahren und den 16 Hausfriedensbruch Anzeigen, werden wir in der nächsten Ausgabe berichten.

# autoritäre formierung und repression

der folgende text fasst die stichworte eines vortrages zusammen, der 2010 im rahmen einer veranstaltungsreihe in hamburg zu staatlicher repression gehalten wurde. er sollte eine inhaltliche klammer um die veranstaltungswoche darstellen und über das innerhalb der linken gängige bild von repression hinaus weisen. dass die linke nur einen übermächtigen staat beschreibt, mit all seinen polizeilichen, geheimdienstlichen und militärischen möglichkeiten, führt zu einer diffusen angst.
ausgangsfragen des vortrages waren die fragen nach dem hintergrund einer sich verschärfenden repression, in welchem zusammenhang sie zu betrachten ist und welche politischen absichten damit verbunden sind. außerdem sollte angedacht werden, was wir als radikale linke daraus ableiten können und müssen, zum einen für die praktische antirepressionsarbeit, aber vielmehr auch, um zu begreifen, mit welchen politischen mechanismen und realitäten wir konfrontiert sind. nur so sind wir auch in der lage, handlungsmöglichkeiten zu entwickeln, die über rein praktische antirepressionsarbeit hinausgehen.

***1. wahrnehmung von repression in der linken***
aus der subjektiven wahrnehmung der radikalen linken heraus ist die aktuelle repression immer die schärfste. je nach politischer und gesellschaftlicher situation hat es allerdings immer wieder wellen der repression gegeben. wer heute sagt, die aktuelle repression sei am schärfsten, ignoriert objektiv die bedingungen der eigenen bewegungsgeschichte. wie z.b. die repression gegen linke strukturen im zusammenhang mit bewaffneten gruppen von den 70er bis 90er jahren. killfahndung und mörderische isolationshaft gegen organisierte militante und



ihre unterstützer_innen gehörten dabei zum repertoire staatlicher repression.
jene, denen bewaffnete gruppen zu fern sind und die sich persönlich mehr auf rein autonome geschichte beziehen möchten, sollten sich die kriminalisierung massenmilitanter bewegungen, wie die repressionswelle gegen den startbahn- und antiatom-widerstand vor augen führen. nach den schüssen an der frankfurter startbahn-west im herbst 1987 wurde die szene von einer groß angelegten und nachhaltigen repressionswelle überzogen. oder mensch betrachte sich die im lauf von mehr als 20 jahren wiederholten schläge gegen die ‚radikal', die zuletzt 1995 für mehrere leute untersuchungshaft, für andere abtauchen bedeutete.
schon diese beispiele zeigen, dass es in der vergangenheit konkretere und deutlich härtere konsequenzen von repression für aktivist_innen gab.
wir stehen heute allerdings veränderten gesellschaftlichen bedingungen gegenüber. sowohl die politischen ausgangspunkte als auch die strategische bestimmung von repression sind jetzt andere.
was hat sich also tatsächlich verändert, außer dass es eine flut neuer gesetze gibt? auch wir sehen, dass sich repression zusehens verändert und verschärft, denken jedoch, dass es in der politischen analyse zu kurz greift nur die auswirkungen auf linke mobilisierungenen und aktivitäten zu betrachten.
repressive staatliche strategien finden mittlerweile auf allen gesellschaftlichen und politischen ebenen ihre umsetzung.

***2. formen der repression innerhalb der gesellschaft***

beginnend mit den 80er jahren im zuge europäischer vereinheitlichungspolitik auf dem weg zur eu wurden zunehmend neoliberale strategien auf nationaler und europäischer ebene propagiert und umgesetzt, um im globalen rahmen für eurpäisches kapital optimale verwertungsbedingungen durchzusetzen. die kapitalistische zauberformel deregulierung bedeutete den abbau staatlicher eingriffe in produktion, handel, waren- und geldverkehr. der markt soll sich selbst organisieren. marktradikalität und verwertungslogik sollen alle gesellschaftlichen bereiche bestimmen.

noch in den jahren vorher gab es als rahmenbedigungen des verwertungssystems staatlich gesetzte beschränkungen für das kapitalistische system. arbeitsschutzgesetze, kündigungsschutz oder flächendeckende tarifverträge waren genauso eckpunkte staatlicher

IM SCHWARZEN BLOCK DEMONSTRIEREN
DESERTIEREN POLIZEIAUTOS ABFACKELN
NATO-STÜTZPUNKTE IN DIE LUFT JAGEN
STEINESCHMEISSEN BANKEN AUSRAUBEN
FARBBEUTELWERFEN INS KNIE SCHIESSEN
BUNDESWEHRREKRUTIERUNGEN STÖREN
ARBEITGEBERPRÄSIDENTEN ENTFÜHREN
BOMBODROM BESETZEN WILD STREIKEN
WIR SIND ALLE MILITANT

intervention in den verwertungsprozess, wie ein wohlfahrtssystem, das auf dem solidarprinzip aufbaute. dahinter stand politisch das ziel, die meisten menschen ins gesellschaftliche einerlei zu integrieren, solange dies aus kapitalistischer sicht sinn machte und finanzierbar war.
spätestens mit den 90er jahren und parallel zum zusamenbruch der „rael"sozialistischen staaten war der gegenentwurf durchgesetzt: individualisierung, fragmentierung und wettbewerb kapitalistischer konkurrenzen, sei es zwischen indivduen, standorten oder staaten, bestimmen die gesellschaftlichen bedingungen und sozialen verhältnisse.
das ende des sogenannten wohlfahrt- und sozialstaates, bedeutet gleichzeitig, dass das staatliche system der parlamentarischen demokratien westeuropas nicht mehr für formale bürgerliche freiheitsrechte, bzw. für liberale demokratie steht.
im gegenteil ist es ein system, dass nur noch in der logik von verwertung denkt und die bedingungen dafür zunehmend repressiv absichert, nach innen wie nach aussen.
je erfolgreicher neoliberale politik umgesetzt wird, um so mehr verschärfen sich soziale, ökonomische und kulturelle widersprüche. massenarbeitslosigkeit, sinkende einkommen und die komplette demontage sozialer sicherungssysteme sind gleichzeitig kalkül wie auch konsequenz neoliberaler politik und keineswegs ergebnisse einer behaupteten krise.

sicherheit und repression sind mittlerweile schlüsselbegriffe im gesellschaftlichen diskurs und werden vorherrschende aspekte von kernideologien kapitalistischer herrschaft.
das bewusstsein, gesellschaftliche und ökonomische widersprüche seien nicht strukturell zu lösen, sondern nur durch sanktion, ausschluss und verdrängung, soll umfassend durchgesetzt werden.
auf der ebene von individualisierungsstrategien bedeutet dies, dass jede_r für ihre_seine ‚probleme' selbst verantwortlich und schließlich selbsthaftbar ist. das ganze wird als flexibilität und empowerment schöngeredet.
schlussendlich greift repression dort, wo individuelle lösungen nicht möglich oder nicht leistbar sind – und das auf allen gesellschaftlichen und politischen ebenen.
auch im sozialbereich läuft es nach genau diesem schema: systematische arbeitslosigkeit, keine neue arbeit gefunden, „nicht genug bemüht", „arbeitsscheu", hartz-IV, 1-euro-job verweigert, keine leistungen mehr etc.
auch die tatsache, dass ein jugendrichter im hamburger stadtteil bergedorf schuleschwänzen mit knast bestraft und als begründung anführt, schuleschwänzen sei ein anzeichen von delinquenz, macht deutlich, dass die zeiten von integration und sozialarbeit endgültig vorbei sind.
und wenn dann die hamburger presse das urteil abfeiert und schuleschwänzen als bedrohung propagiert, bedient sie eine politische stimmung, die durch konstruktion und überbetonung von bedrohungsszenarien geprägt ist.
groß angelegte mediale aufarbeitungen und politische initiativen erfüllen genau den einen zweck, nämlich den sicherheitsstaat (und darin ist mit sicherheit nicht die soziale sicherheit einbegriffen) weiter auszubauen und als alternativlos darzustellen.
der strategische nutzen für den staat liegt dabei im bestreben seine souveränität und legitimität zu garantieren und die bestehenden kapitalistischen eigentums- und machtverhältnisse wie rassismus, sexismus aufrecht zu erhalten.
ein strategischer eckpunkt staatlicher politik ist also perspektivisch die durchsetzung eines autoritären, repressiven apparates inklusive eines sicherheitsdiskurses, der alle gesellschaftlichen bereiche durchzieht und schließlich die permanente aufrüstung nach innen wie nach außen durchsetzt.

was wir erleben, ist die transformation des gesellschaftlichen bewusstseins, in dem die bedürfnisse nach individuellen und kollektiven freiheiten zerschlagen und aufgelöst werden.
dabei sind die menschen nicht nur passive objekte von überwachung und repression. transformation heisst hier auch, dass sie die ideologien des präventiven sicherheitsstaates als subjekte verinnerlichen sollen.Das spiegelt sich zum beispiel in der ausführung gesellschaftlicher kontrolle oder der akzeptanz von kameraüberwachung („ich habe nichts zu verbergen") weitgehend wieder.
so wird sicherheit als schutz gegen kaptitalistische internationalisierung, wie arbeitsmigration, „ausländische drogenbanden" und „islamistischen terrorismus", imaginiert.
zugleich bieten hartz-IV und 1euro-jobs oft genug terrain für die konstruierte hetze gegen sogenannte sozialschmarotzer.
denn in der selbstdisziplinierung und konkurrenz um ihre markttauglichkeit bekämpfen und verurteilen individuen abweichendes verhalten und fügen sich damit dem sozialen druck eines vermeintlichen gesellschaftlichen normalzustandes. die macht- und repressionsausübung und die durchsetzung eines hegemonialen sicherheitsbegriffes erfolgt also nicht allein von außen, sondern ganz maßgeblich durch die individualisierten menschen innerhalb der gesellschaft selbst.

das projekt des präventiven sicherheitsstaates, die durchsetzung von neoliberaler politik und eine autoritäre formierung von gesellschaft gehören untrennbar zusammen.
früher hieß es, repression ist die staatliche reaktion auf zugespitzte soziale oder ökonomische widersprüche.
die strategie eines präventiven sicherheitsstaates setzt den fokus darauf, schon weit im vorfeld einer zuspitzung zu agieren und wirkungsmacht zu entfalten.

### *3. militarisierung*

der extremste ausdruck des derzeitigen sicherheitsdiskurses ist die zunehmende militarisierung des staatlichen denkens und handelns bis hin zur militärischen interventionen, also das führen von krieg. der etablierte sicherheitsbegriff ermöglicht es, militärische und polizeiliche handlungsebenen zu verbinden. im offiziellen eu- sprachgebrauch werden weltweit zu führende kriege mit sicherheitsbegrifflichkeiten legitimiert. (nämlich mit der sicherheit der energieressourcen der eu und der sicherheit der waren- und finanzwege). nichts anderes bedeutet der als polizeieinsatz legitimierte internationale militäreinsatz gegen sogenannte piraten vor der ostafrikanischen küste.
nicht nur durch die flut von sicherheitsgesetzen, sondern auch über eine

immer weiterentwickelte feindbekämpfung wird auch im inneren ein permanenter ausnahmezustand behauptet und umgesetzt.
(polizeigesetze und ausländerrecht als gefahrenabwehrgesetze, politisch motivierte extremismustheorien, feindbekämpfungsideologien) schäuble hat 2006 als innenminister durchblicken lassen, wohin sich der sicherheitsbegriff nach innen entwickeln soll, als er behauptet hat, die brd befände sich im kriegs- bzw. im kriegsfolgerecht und müsse sich entsprechende instrumentarien schaffen, um gegner zu bekämpfen. für die menschen in den metropolen werden krieg und frieden deckungsgleich gemacht, auch wenn der krieg andernorts geführt wird. das ignorieren, bzw kritiklose hinnehmen des kriegszustandes, in dem sich die brd, die eu und die nato weltweit befinden, wird zur normalität erklärt. denn globale militärische interventionen gehören heute mehr als je zuvor zum kapitalistischen normalzustand.
staatliche feindkonstruktionen und -erklärungen sind kein statischer zustand, sondern unterliegen staatlichen politischen notwendigkeiten. die globalen gesellschaftlichen und ökonomischen bedingungen lassen erahnen, dass immer mehr menschen auch in den metropolen wieder zu denen gehören könnten, gegen die krieg geführt wird. als radikale linke müssen wir in unsere praxis mit einbeziehen, dass krieg die herrschenden bedingungen maßgeblich bestimmt. genau das muss teil der grundlage unser eigenen politik werden.
wir organisieren uns auf dem gebiet eines kriegführenden systems.

***4. resume***

in der vorliegenden zusammenfassung wird deutlich gemacht, dass repression weit mehr ist als das,  mit dem wir uns in der regel als praktische antirepressionsarbeit befassen (festnahmen auf demos, u-haft, anquatschversuche usw).staatliche repression betrifft nicht nur uns als linke, sondern in anderer form auch viele andere menschen.
repression gegen linke strukturen entspringt dem selben kalkül, wie etwa der sozialer druck auf individuen oder der vorherrschende sicherheitsdiskurs, nämlich der aufrechterhaltung des kapitalistsichen normalzustands im nationalen wie im globalen maßstab.
wichtig ist es zu verstehen, inwiefern repressive praxis und ideologie fundamente kapitalistischer ordnung auf vielen verschiedenen ebenen ist.
es geht eben nicht um ein beklagen der allmächtigen repression und nicht um den ruf nach rechtsstaatlichkeit.
es geht um ein ein analytisches verständnis staatlicher ideologien und gesellschaftlicher mechanismen des systems, das wir bekämpfen, um eine gesellschaftlich wirksame linksradikale praxis entwickeln zu können.
unter diesen gesichtspunkten ist es verwunderlich, wie wenig die sicherheitsgesetze  (ähnlich wie  das hartzgesetzespaket) thema in linken diskussionen waren, obwohl sie zum einen auch ‚uns‘ gelten, zum anderen die gesellschaftlichen bedingungen hier nachhaltig verändert haben.

*antirepressionsgruppe hamburg*




# Hauptsache sicher

***Über die Etablierung des Krisenmanagements als Staatsdoktrin***

Am 17.06.2009 verabschiedete die Bundesregierung recht unbeachtet die „Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen" (KRITIS).
Was sich zunächst harmlos und defensiv anhört, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Teil einer inneren Mobilmachung vor dem Hintergrund des allgegenwärtigen Sicherheitsdiskurses. Niemand ist da außen vor. Natürlich nicht die Polizeien, Katastrophenmanager_innen, Geheimdienste und Militärs. Aber auch nicht die Unternehmen, Rettungsdienste, Feuerwehren und du. Du bist Teil der Strategie. Aber sorge dich nicht: Man sorgt sich um dich.
Die Strategie von der hier hochtönend die Rede ist, erweist sich eher als eine Art Richtlinie, die durch konkrete Programme und zusätzliche Konzepte mit Leben gefüllt wird. Also zunächst eine kleine Übersicht über das KRITIS-Papier und dann beispielhaft zwei Konkretisierungen.
Unter Kritischen Infrastrukturen werden Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen verstanden, die für das Funktionieren des Staates und die allgemeine Versorgungssicherheit notwendig sind und deren Ausfall zu starken Auswirkungen für Staat, Wirtschaft und große Teile der Bevölkerung führen kann.

Natürlich, so versichert uns die Regierung, würde jetzt schon alles getan, um die Bevölkerung und die Infrastrukturen im Energie, IT- und Transportbereich, bei Einrichtungen des Gesundheits- und Finanzwesens sowie im Bereich des Trinkwassers und der Ernährung zu schützen. *Doch ist die gesellschaftliche Verletzlichkeit aufgrund des zunehmenden Durchdringungs- und Abhängigkeitsgrades nahezu sämtlicher Lebensbereiche mit und von Kritischen Infrastrukturen in den vergangenen Jahren rapide angestiegen. Damit nehmen Aspekte der Inneren Sicherheit in diesem Themenfeld einen sehr hohen und auch weiter wachsenden Stellenwert ein.*(Kursives sind Zitate aus den Texten der Regierung)
Federführend bei der Koordinierung des sog. Schutzes der Infrastrukturen ist das Bundesministerium des Innern (BMI). Schon seit 10 Jahren weise es, so lobt es sich selbst, einige Erfolge in dieser Sache auf. Relevant erscheint ihm vor allem die *Einführung des vorbeugenden personellen Sabotageschutzes*, die Erarbeitung des sog. *Basisschutzkonzeptes* in Kooperation mit Industrie und Wissenschaft, die seit 2004 stattfindende Bund-Länder-Krisenmanagementübung „LÜKEX" und ein Forschungsprogramm im *Verbund mit Wissenschaft, Industrie und Infrastrukturbetreibern.*

Da die Mehrheit der Infrastrukturen privaten Unternehmen gehöre, müsse die Verantwortung für ihr Funktionieren wesentlich von den Unternehmen getragen werden, so dass es einer organisierten Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft bedürfe.
Es gibt kein Entrinnen aus dem staatlichen Anspruch an Zusammenarbeit und Überwachung. Denn auch die Medien gehören z.B. zu den Kritischen Infrastrukturen (mit grundsätzlich symbolischer und systemischer Kritikalität) und sollen sich der staatlichen Zwangsumarmung nicht entziehen können.
Was aber gefährdet eigentlich das deutsche Land? Nun: *Extremwetterereignisse, Wald- und Heidebrände, Seismische und Kosmische Ereignisse, Technisches Systemversagen (z.B. Softwarefehler), Fahrlässigkeit, Unfälle, Organisatorisches Versagen, Terrorismus, Sabotage, Kriminalität, Bürgerkriege und Kriege*. Eine hübsche Aufzählung. Gefürchtet sind hierbei Domino- und Interdependenzeffekte.
Also z.B. vielleicht, wenn ein Erdbeben losbricht und die Telekommunikation in Norddeutschland unterbricht, kommt die Feuerwehr nicht rechtzeitig in die Lüneburger Heide, um den Vogelpark Walsrode vor der gleichzeitig auftretenden Feuersbrunst zu retten. Wegen der Gefahr für die Vögel empören sich die Bürger_innen und ein Bürgerkrieg legt die Transportinfrastruktur lahm. Fürchterliche Vorstellung! Im Ernst: Neben dem Schaden für die Betroffenen und volkswirtschaftlichen Schäden sorgt man sich vor allem um *Vertrauensverluste in die politische Führung einer Gesellschaft*.



Grundsätzlich erscheint dem BMI die Gefahr von massiven Störungen recht hoch, weil Deutschland so sicher ist. Ja ach, ein Paradoxon! Es soll nicht namenlos bleiben. Man nennt es *Verletzlichkeitsparadoxon*. Es besagt, dass sich in einem Land eine Störung umso stärker auswirkt, je weniger seine Versorgungsleistungen störanfällig sind. Also, weil wir gewohnt sind, dass alles so gut läuft und deswegen alles so gut vernetzt ist, kann schon eine kleinste Störung große Auswirkungen haben. So muss jede noch so kleine Störung vermieden und bekämpft werden. Eine in sich schlüssige Argumentation zur Perfektionierung eines Überwachungs- und Kontrollstaates hat das BMI da abgeliefert. Es läuft störungsfrei – also ist die Gefahr besonders groß. Bravo.
Dennoch sei, weil die Gefahr so umfassend, kein 100%iger Schutz zu gewährleisten. Die Totalität des deswegen nötigen Sicherheits- und Kontrollregimes manifestiert sich in der Forderung nach *Transformierung des Denkens hin zu einer neuen „Risikokultur"*. Diese beinhaltet eine enge Zusammenarbeit aller relevanten Akteure bei der Kommunikation, Prävention und Bewältigung von Ereignissen sowie eine *verstärkte und selbstbewusste Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit der von Störungen oder dem Ausfall Kritischer Infrastrukturleistungen betroffenen Menschen und Einrichtungen*. So solle die Gesellschaft *im Umgang mit wachsenden Verletzlichkeiten robuster und widerstandsfähiger* gestaltet werden. Konkret sollen vor allem Staat und Wirtschaft enger kooperieren. *Auf allen Ebenen*. Um die Erhöhung des Schutzniveaus

zu erreichen, soll
a) präventiv ein effizientes Risiko- und Krisenmanagement eingerichtet und regelmäßig geübt werden
b) durch eine schnelle Reaktionsfähigkeit sowie eine hohe Selbsthilfekapazität die Auswirkung von Störungen minimiert werden und
c) präventiv der internationale Austausch von Gefährdungsanalysen intensiviert werden.
Mitmachen wird zur Pflicht erhoben. Zusammenarbeiten sollen *der Bund mit seinen Behörden, die Länder mit ihren Behörden, die Landkreise und Kommunen mit ihren Ämtern, die Betreiber der Infrastrukturen, die Hilfeleistungsorganisationen, die Wirtschafts- und Fachverbände, die Wissenschaft und Forschung, die (Sicherheits-) Industrie, die Öffentlichkeit (Bevölkerung, Medien), internationale und supranationale Einrichtungen und bei Bedarf weitere Institutionen*.
Wenn jemand nicht richtig dabei sein will, so wird offen gedroht, dann wird es halt bald ein Gesetz geben, das die Zusammenarbeit zwangsweise herstellt. Basta.
Die Umsetzung soll durch Arbeitspakete für Bund, Länder, Kommunen, Unternehmen und Wirtschaftsverbände realisiert werden. Als Instrumente dafür werden Programme und Pläne wie der NPSI (IT-Infrastrukturschutz (s.u.)), Leitfäden wie das sog. Basisschutzkonzept (s.u.), Standards, Normen und Regelwerke genannt. Auf allen Verwaltungsebenen werden KRITIS-Gesprächskreise mit den Beteiligten (v.a. Unternehmen) vorgeschlagen, die die Fortschritte kontrollieren sollen.
Auf internationaler Ebene sollen Risikoprävention und -bewältigung insbesondere mit der EU, den G8-Staaten und der NATO bewältigt werden. Die NATO gegen Heidebrand und Kosmische Ereignisse? Zusammen mit, sagen wir mal, RWE und der Feuerwehr Lüneburg? Und natürlich der Polizei und allen Bürgern und Bürgerinnen und Frau Dr. Merkel. Ob dafür die Absprachen reichen? Die Regierung arbeitet dran. Zwei Beispiele für konkretisierende Programme verdeutlichen das gezielte Vorgehen des Staates. Und sie machen klar, dass die Sicherheit der Konzerne und Großunternehmen nicht von der des Staates zu trennen ist – und umgekehrt.

Basisschutzkonzept – Empfehlungen für Unternehmen

Bereits im Jahr 2005 erstellte die Regierung das sogenannte Basisschutzkonzept (BSK). Die



Sicherheitsbeauftragten diverser Unternehmen waren gleichberechtigt beteiligt an der Erstellung dieser Leitlinie des BMI. Es handelt sich um die Deutsche Bahn AG (Jens Puls), Deutsche Flugsicherung GmbH (Hans-Jürgen Morscheck), Deutz AG (Werner Becker), IBM Deutschland GmbH (Klaus Hintz), Vattenfall Europe Transmission GmbH (Thomas Schäfer).
Es handelt(e) sich hierbei um Konzerne aus dem Bereich Transport-, Energie- und IT-Infrastruktur.
Das BSK stellt eine Art Checkliste für Unternehmen dar, anhand der sie sowohl selbsttätig als auch in Zusammenarbeit mit Behörden aktiv werden sollen, um ihr funktionieren (insbesondere im Krisenfall) sicherzustellen.
*Während der Staat weiterhin Garant für die Innere Sicherheit ist und auch Informations- und Kommunikationsprozesse moderiert, verfügen die Betreiber über hinreichende Detailkenntnisse ihrer Infrastrukturen, so dass konkrete Schutzmaßnahmen nur von ihnen selbst effektiv umgesetzt werden können.*
Auf staatlicher Seite werden das *Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe*, das *Zentrum Schutz Kritischer Infrastrukturen* und das Bundeskriminalamt als Ansprechpartner genannt.
Die erarbeitete Checkliste konzentriert sich auf bauliche, organisatorische, personenbezogene und technische „Schutzmaßnahmen". Die Firmen werden angehalten (Aktiengesellschaften sind bereits verpflichtet) ein *Risikomanagementsystem* aufzubauen, damit das Funktionieren des Betriebes gewährleistet werden kann. Dazu werden die potentielle Gefährdung analysiert, die Sicherheitsschwachstellen identifiziert und die Lücken schließlich geschlossen. Das hätten sie zumindest gerne. Denn alle Beteiligten wissen, dass es keine 100%ige Sicherheit für das Funktionieren des Systems geben kann.
Jetzt mal konkret.
Zu analysieren sind von den Unternehmen unter anderem folgende Aspekte:
- allgemeine Sicherheitslage (Größe und Zusammensetzung der Belegschaft, Qualität der Sicherheitsorganisation, gesellschaftliche Position von Angehörigen der Unternehmensleitung, Art der Vertriebsverbindungen und Auslandsaktivitäten, bisher festgestellte Kriminalität)
- örtliche Lage des Betriebsbereichs und der Anlagen (Verwundbarkeit von außen und innen, Entfernung zum Werkszaun, Einsehbarkeit von außen, Verkehrswegeführung innen und außen, Nähe zu anderen Industriebereichen oder

Kritischen Infrastrukturen, geologische und geographische Gegebenheiten)
- Bedeutung der Anlagen für vor- und nachgelagerte Produktionsprozesse und Dienstleistungen (zum Beispiel wirtschaftliche Schäden, Produktions- und Lieferausfälle)
- Symbolcharakter der Unternehmung beziehungsweise Anlagen (Art der Produktion und der Lagerung von Stoffen, Produktpalette, wirtschaftlich-strategische Bedeutung des Unternehmens),
- Interdependenzen, das heißt Wechselwirkungen mit anderen Infrastrukturen und Kooperationsbeziehungen der betreiberseitig vorhandenen Risikomanagementstrukturen
- Strukturen der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Einrichtungen und Betreibern, sowohl mit Blick auf Notfallplanung und Krisenmanagement als auch unter Gesichtspunkten der technischen Prävention.

Als Risikofaktoren gelten Menschen, Organisationszwänge und -mängel, Natur und Umwelt, sowie IT und Internet (eine diesbezüglich präzise Auflistung hat der *Bundesverband deutscher Banken* beigesteuert). Die Beurteilung der Risiken und die Analyse der Gefahren werden dringend als *geheimhaltungsbedürftig* angesehen. Eine Transparenz der Einschätzungen und getroffenen Maßnahmen ist weder für die Arbeiter_innen und Angestellten noch für die Öffentlichkeit vorgesehen.

Bei der Analyse der folgenden Umsetzung von Sicherheitsplänen sollen die staatlichen Sicherheitsbehörden unbedingt eingebunden werden. Das ist naheliegend, macht aber deutlich, dass zwischen staatlichen und spezifisch unternehmerischen Interessen nicht mehr getrennt wird.

Im Prozess der Analyse und Planung sollen die Unternehmen besonders die Bedrohung durch *Terrorismus und Kriminalität* berücksichtigen. Zur Beurteilung der Sicherheitslage werden beständig die diesbezüglichen Ereignisse und Vorkommnisse der zurückliegenden 5 Jahre ausgewertet.

Dabei wachse die Wahrscheinlichkeit politisch motivierter Angriffe mit der Größe und (globalen) Bedeutung des Gesamtunternehmens.

Um Angriffe und Sabotage zu verhindern sollen di*e Grenzen von Betriebsbereichen durch technische und organisatorische Maßnahmen so gesichert werden, dass Unbefugte ohne Anwendung von Gewalt oder arglistige Täuschung nicht eindringen können und ein gewaltsames Eindringen in angemessener Zeit erkannt wird. Betriebsfremde sollten identifizierbar sein. Die Anlagen selbst sind so zu sichern, dass unbefugte Eingriffe ohne interne Kenntnisse und/oder technische Hilfsmittel nicht vorgenommen werden können. (...)*

Eine wesentliche Komponente der Prävention terroristischer Anschläge oder Sabotage ist die Erzeugung *von räumlicher und zeitlicher Distanz zum schützenswerten Objekt. Barrieren und Hindernisse können einen Zugang zu sensiblen Bereichen be- oder verhindern (Zugangszonen, Zugangskontrollen, Werkschutz, Pforte, Umzäunungen, Streifengänge, Poller, Betonelemente, Höhensprünge).*

*Nicht einsehbare Bereiche können durch elektronische Sicherungssysteme kontrolliert werden (Videoüberwachung, Bewegungsmelder, Geräuschmelder, Wärmebildkameras, Nachtsichtgeräte).*

Damit das auch klappt soll das Personal durch Schulungen und Trainings eingenordet und einbezogen werden. Zusätzlich seien beratend Spezialisten der Polizei und der Geheimdienste einzubeziehen, so die dringende Mahnung der Verfasser des Basisschutzkonzeptes. Das gilt insbesondere für den Fall einer erfolgreichen Sabotage des Betriebsablaufes:

*Im Krisenfall sind zeitnahes Handeln und Kommunizieren von entscheidender Bedeutung. Dabei müssen der öffentliche und der private Sektor koordiniert und einsatzorientiert reagieren. Hier sollte vorab definiert sein, wie im Krisenfall nach innen und nach außen kommuniziert wird, unter besonderer Berücksichtigung der elektronischen Medien (und ihres eventuellen Ausfalls). Es sollte festgelegt werden, wie über E-Mail, Webseiten, klassische und Mobiltelefonie sowie über Funk kommuniziert wird, einschließlich einer Festlegung zentraler Informationsflüsse und Meldewege.*

*Auch der Analyse der (globalen) Medienlage kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu, denn in vielen Fällen kann die psychologische Wirkung an sich begrenzte Ereignisse dramatisieren.*

Eine Notfallplanung, die den Ausfall der Funktionsfähigkeit von Unternehmen und Infrastrukturen in Betracht zieht, muss auch Lösungen für diesen „worst case" entwickeln – natürlich unter strengster Geheimhaltung. Als abschließendes Beispiel für die Struktur der sog. Gefährdungsanalyse folgt die Auflistung mit dem schönen Namen *Gefährdungstabelle (nächste Seite)*

**Gefährdungsartentabelle**

| | Gefährdungsart 1 | Gefährdungsart 2 | Gefährdungsart 3 |
|---|---|---|---|
| Tatabsicht: | Der Verursacher (Straftäter) will einen begrenzten Schaden ver-ursachen; eine weit höhere Gefahrensituation nimmt er billigend in Kauf oder ist ihm nicht bewusst (bedingter Vorsatz) | Der Verursacher (Straftäter) will den Eintritt eines größeren Schadensfalles und eine damit ausgelöste allgemeine Gefähr-dungslage herbeiführen, auch als Ablenkungsmanöver (direkter Vorsatz) | Der Verursacher will massive Anschläge mit Fanalwirkung (gemeingefährliche, brutale Vorgehensweise) |
| Motivation: | Rache, Frustration, Unzuläng-lichkeiten „nachweisen", politische Effekte erzielen, Aufmerksamkeit erregen, Schutzgelderpressung | (innen-)politische Radikalität, Rache, Erzielen von erheblichen Vermögens- und Wettbewerbs-vorteilen | Anarchismus, Herbeiführen gesellschaftlicher Veränderungen mit Gewalt, „Bestrafen" von Unternehmen (auch stellvertretend für Staaten) oder Regierungen, glaubensbezogene Motive |
| Vorbereitungs-handlungen: | Ausspähen, Beschaffen von Werkzeugen und anderen Tatmitteln | Erkunden sicherheitsrelevanter Anlagenteile und Schwachstellen, gezieltes Ausnutzen von Lücken bei der Überwachung, Beschaffen spe-zieller Hilfsmittel, Außerbetriebsetz-en von Sicherheitseinrichtungen | Logistische Vorbereitungen, Ausspähung, Außerbetriebsetzen von Sicherheitsanlagen |
| Tatmittel: | Einfache und schwere Werkzeuge, einfache Brandsätze | Einfache und Spezialwerkzeuge, unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV, Selbstbau) | Einfache und Spezialwerkzeuge, USBV, Sprengstoff in großen Mengen, (ABCR-)Waffen, ohne Rücksicht auf (das eigene) Menschenleben |
| Personenkreis: | außen: radikale Gruppen, im Auftrag handelnde Kriminelle, gewaltbereite Einzeltäter<br>innen: Personal, entlassene, ehemalige Beschäftigte, Fremdfirmenangehörige und Besucher | Einzeltäter, Tätergruppen, auch im Rahmen der „organisierten Kriminalität", radikale politische Gruppen | Extremistische und terroristische Einzeltäter und Gruppen |
| Anmerkungen / Beispiele | Außerbetriebsetzen von Sicherheitseinrichtungen, Eingriffe in Produktionsabläufe, Nichtweitermelden kritischer Anlagenzustände, Brand-stiftung, Vandalismus nach erfolglosem Einbruch, Brandstiftung aus anderen Motiven | Brand- oder Sprengstoffanschlag, Zerstören von wichtigen Betriebseinrichtungen, Eingriffe in Steuerungsanlagen einschließlich Fehlprogrammierung von Steuerprozessoren | Bewaffneter Überfall, Sprengstoffeinsatz an belebten Plätzen, Raketenbeschuss, Inbrandsetzen größerer Anlagen, Angriffe auf Werkschutzpersonal, gezielte Anschläge auf besonders sensible Bereiche, Einsatz biologisch-chemischer Kampf-stoffe, radioaktive Verseuchung mit Sprengwirkung („dirty bomb") |

**Nationaler Plan zum Schutz der Informationsinfrastrukturen (NPSI)**

Der NPSI ist kein detailliertes Programm mit konkreten Handlungsanweisungen. In ihm werden in erster Linie Zielvorgaben formuliert, die in der eingeforderten engen Zusammenarbeit von Staat und Unternehmen ihre Erfüllung finden sollen. Insofern ist der NPSI eher eine Absichtserklärung denn ein Plan, dessen Relevanz lediglich durch die grundlegende Einschätzung des BMI verdeutlicht wird, dass der IT-Bereich mittlerweile elementar zum Funktionieren der Gesellschaft sei.

*Nicht mehr einzelne PCs, sondern zunehmend Router, Firewalls und andere Sicherheitseinrichtungen, die in Unternehmen oder Verwaltungen Systeme schützen sollen, geraten ins Visier der organisierten Kriminalität.*

*Solche Angriffe sind von einer neuen Qualität, da sie nicht mehr nur vereinzelte, sondern unter Umständen Tausende PCs des dahinterliegenden Netzwerks betreffen. Manipulationen zentraler Systeme von Informationsinfrastrukturen können im Extremfall zum Ausfall einer kompletten Informationsinfrastruktur führen. Hoher wirtschaftlicher Schaden ist die Folge.*

Konkrete Umsetzungsvorgaben ergeben sich durch die Verschränkung des NPSI mit der KRITIS-Strategie und dem BSK. Es handelt sich also um ineinandergreifende strategische Ansprüche des Staates an die Kooperation relevanter Unternehmen; zum Schutze vor den Anderen – und der Konkurrenz:

*Ziel muss sein, dass die Umsetzung dieser Schutzmaßnahmen nicht nur die eigenen Geschäftsprozesse sichert, sondern auch den Wirtschaftsstandort Deutschland und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes fördert.*

Der NPSI soll insbesondere die Aufmerksamkeit auf den Schutz vor Hackern, Spionage und Sabotage lenken und Angriffe auf IT-Systeme verhindern helfen. Dafür werden unter den Stichwörtern Prävention, Reaktion und Nachhaltigkeit Ziele vorgegeben.

Die Ziele 1 bis 7 betreffen präventive Maßnahmen und diesbezügliche Absichtserklärungen. Der Bogen reicht hier von Aufklärung und Propaganda, über die Vorgabe von Sicherheitszertifizierungen bis hin zur Förderung konkreter Schutzmaßnahmen.

Beispiele:

*Ungeschützte digitale Kommunikation ist breitflächig angreifbar, abhörbar und manipulierbar. Deshalb ist es für die Sicherheit der deutschen Informationsgesellschaft und für den Industriestandort Deutschland unabdingbar, dass zur Gewährleistung vertraulicher Kommunikation innovative, vertrauenswürdige Kryptoprodukte verfügbar sind. Die Bundesregierung wird die Entwicklung und die deutschen Hersteller entsprechender Produkte nach Maßgabe des Kryptoeckwerte-Beschlusses aus dem Jahre 1999 fördern sowie die eigene Kommunikation umfassend verschlüsseln und sichern. Bei der Vergabe von Aufträgen im Bereich IT/IT-Sicherheit werden Bundesbehörden verstärkt die nationalen Sicherheitsinteressen und die Vertrauenswürdigkeit der Anbieter berücksichtigen.*

*Die Wirtschaft wird gezielt auf die Risiken durch Informationsabfluss (z. B. Durch Wirtschaftsspionage) aufmerksam gemacht. Die Vorteile des Einsatzes vertrauenswürdiger deutscher Kryptoprodukte werden dabei herausgestellt. (...)*

*Für Bereiche der Wirtschaft mit Anforderungen an ein besonderes Sicherheitsniveau werden entsprechende Leitlinien veröffentlicht. Allen weiteren gesellschaftlichen Bereichen werden Empfehlungen und Leitfäden zur IT-Sicherheit zur Verfügung gestellt. (...)*

*Ziel 7: Nationale und internationale Gestaltung politischer Willensbildung*

*Die Bundesregierung wird die aktive Gestaltung der politischen Willensbildung bei bestehenden und neuen Kooperationen zum Schutz der Informationsinfrastrukturen intensivieren. Die Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene wird verstärkt, um in Richtlinien und Gesetze deutsche Sicherheitsinteressen einzubringen.*

*Um auf Bedrohungen vor dem Hintergrund globaler Netze umfassend reagieren zu können, wird die Zusammenarbeit von Bundesministerien und Bundesbehörden mit den entsprechenden Einrichtungen anderer Staaten verstärkt. Zudem wird die Bundesregierung gemeinsam mit ihren Partnern, z. B. in der EU (hier insbesondere zusammen mit der europäischen IT-Sicherheitsbehörde ENISA), der NATO, der OECD, den UN, den G8 und auf internationaler Ebene, das Bewusstsein über die Verwundbarkeit von Informationsinfrastrukturen schärfen und sich für die Bereitstellung technischer Lösungen einsetzen.*

Für den Fall, dass dennoch mal was schief geht, etabliert die Regierung ein *nationales IT-Krisenmanagement.* Dazu wurde bereits im *Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik* (BSI) ein *Krisenreaktionszentrum IT* aufgebaut, das ein jeweils aktuelles Bild der aktuellen IT-Sicherheitslage liefern soll, um im

Krisenfall mit den sogenannten etablierten Lage- und Krisenzentren zusammenarbeiten zu können.
*Mit dem nationalen IT-Krisenmanagement des Bundes wird auch ein Alarmierungs- und Warnsystem eingerichtet, mit dem bei akuten Angriffen auf oder schwerwiegenden Störungen in Informationsinfrastrukturen alle potenziell Betroffenen schnell und umfassend informiert werden können. (…) Voraussetzung für effiziente Reaktionen sind vorbereitete Notfallpläne sowie klare Vorgehensweisen für die Bewältigung von IT-Sicherheitsvorfällen. Die Bundesregierung fordert, dass diese Notfallpläne neben Regelungen für das Krisen- und Notfallmanagement in Unternehmen und Behörden für den lokalen Umgang mit IT-Sicherheitsvorfällen auch geeignete Schnittstellen zum nationalen Krisenmanagement umfassen.* Um nachhaltig die IT-Sicherheit zu „gewährleisten", werden *bestehende Kompetenzen und Aufgaben des BSI im Zuge der Umsetzung dieses Nationalen Plans deutlich erweitert und durch vorhandenes Know-how anderer Ressorts ergänzt. Das BSI wird als die nationale IT-Sicherheitsbehörde die IT-Sicherheit in der Bundesverwaltung, in Großvorhaben des Bundes und in Kritischen Infrastrukturen aktiv als IT-Sicherheitsberater mitgestalten und dabei mit anderen wichtigen staatlichen Aufsichtsorganen (...) zusammenarbeiten.* Zusätzlich wird insbesondere auf staatlich geförderte Forschung und die enge Bindung der nationalen Wirtschaft an die staatlichen Interessenvorgaben gesetzt. Hier wird unverhohlen standortnationalistisch argumentiert, auch wenn eine enge Kooperation mit den politischen und militärischen PartnerInnen angestrebt wird.
Im neuen Strategientwurf der NATO wird nicht zufällig ein Schwerpunkt der Gefährdung (und also der Aufrüstung) im Cyberwar gesehen.
Insgesamt sind die vorgestellten Pläne und Programme nichts Neues. Sie spiegeln den Sicherheitsdiskurs der letzten 10 Jahre wieder. Transparent wird jedoch, dass Stück für Stück ein Gesellschaftsmodell entwickelt wird, in dem es keine privaten (Sicherheits-) Räume mehr gibt, in dem eine komplette Eingliederung der staatlichen, wirtschaftlichen und privaten Bereiche unter das Diktat einer repressiven Sicherheitsarchitektur verlangt wird. Die ungestörte Gewinnmaximierung der großen Konzerne und die Herrschaftsfähigkeit der politischen Führung bilden den zu schützenden Kern einer paranoiden, weil um die Zerbrechlichkeit der Ordnung wissenden, Kaste von Sicherheits- und Krisenmanager_innen. Das Funktionieren der ökonomischen Infrastruktur wird zukünftig, unter Einbeziehung der Privatwirtschaft, ein hohes Maß an polizeilichen und militärischen Aktivitäten rechtfertigen müssen. Damit dies gelingt, gibt es eine Extraportion Propaganda anbei, die Teil aller Sicherheitskonzeptionen ist.
Eines ist klar: Die Sicherheit des Staates und der Konzerne gewährleistet nicht die Sicherheit derer, die unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen nichts zu gewinnen haben. Ihnen sicher ist nur die Sicherung von Ausbeutung, die Kontrolle der Habenichtse, die Repression gegen Systemoppositionelle. Festgefügt, einzementiert, erstickend ist die Sicherheit der Sicherheitsexpert_innen. Dass diese sich Sorgen machen, angesichts der bevorstehenden ökonomischen und ökologischen (somit politischen) Krisen, sei ihnen nicht verübelt – nur heißt es, ihnen nicht auf den Leim zu gehen. Der Sicherheitsdiskurs ist ein grundlegend repressiver.
Ausführliche Einschätzungen dazu gibt es in erhältlichen Broschüren und Büchern im Infoladen oder im linken Buchladen deines Vertrauens. Verwiesen sei auch auf den Artikel über Zivil-Militärische-Zusammenarbeit (ZMZ) im „autonomen Blättchen Nr. 1" (zu lesen auch auf antimilitarismus.blogsport.de). Denn die Vermischung und gegenseitige Durchdringung von staatlichen und privaten Akteuren einerseits, sowie zivilen und militärischen Strukturen andererseits wird in der Innen-, wie der Außenpolitik zur Regel werden.
Es sei nicht vergessen, dass auch eine radikale Linke allen Grund hat, sich vor unsicheren Verhältnissen zu fürchten, solange sie sich bequem in den bestehenden eingenistet hat – und solange keine gesellschaftliche Mehrheit für eine antikapitalistische, emanzipatorische (oder revolutionäre) Politik zu haben ist. Also aufgewacht. Die Zeiten werden unsicherer.
*Verunsichert?*



## Dokumentation: Umgestaltung Soldatenfriedhof Essel

NS-Täter sind keine Opfer!
Weg mit den "Heldengedenken"!

Wir haben in der Nacht vom 11. auf den 12. November 2010 den Soldatenfriedhof im niedersächsischen Essel (bei Celle) umgestaltet:

- Die Steinsäulen mit eingravierten Ehrenkreuzen sowie den Angaben der Jahreszahlen der beiden deutschen Angriffskriege haben wir mit roter Lackfarbe bedacht.

- Der Gedenkstein mit der Inschrift "Den Toten im Osten" wurde mit Schnellbeton geglättet und neu eingraviert steht dort nun: "NS-Täter sind keine Opfer".

- Die 57 Doppel-Grabsteine haben wir mit pinker Farbe markiert.

- Die Info-Tafel mit dem Schlachtverlauf und der Liste der hier begrabenen Soldaten und ihrer Wehrmachtstitel haben wir mit einem neuen Info-Plakat versehen, auf dem wir folgende Information kundtun:

"Auf dem Waldfriedhof bei Essel treffen sich seit 2007 wieder vermehrt Alt- und Neonazis, um ein sogenanntes "Heldengedenken" zu zelebrieren. Insbesondere am "Volkstrauertag" sowie am darauf folgenden "Totensonntag" versammeln sich in der Lüneburger Heide unter anderem Mitglieder verschiedener faschistischer Organisationen wie der HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS), der OdR (Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger), der neonazistischen "Kameradschaft Celle 73", der "Snevernö-Jungs" und der Frauengruppe "Düütsche Deerns". Sie gedenken den 114 hier im 2. Weltkrieg gefallenen Männern aus Einheiten der Marine, Panzergrenadieren sowie Angehörigen der Waffen -SS und des Reichsarbeitsdienstes (RAD).
Diese Männer blieben in den letzten Kriegstagen nicht zu Hause oder desertierten, sondern bekämpften die vorrückenden Allierten. Die überwiegend britischen Einheiten hatten unter anderem den Auftrag, den für die wehrmacht als militärisch wichtig erachteten "Aller-Brückenkopf" einzunehmen, sowie das KZ Bergen-Belsen hzu befreien.

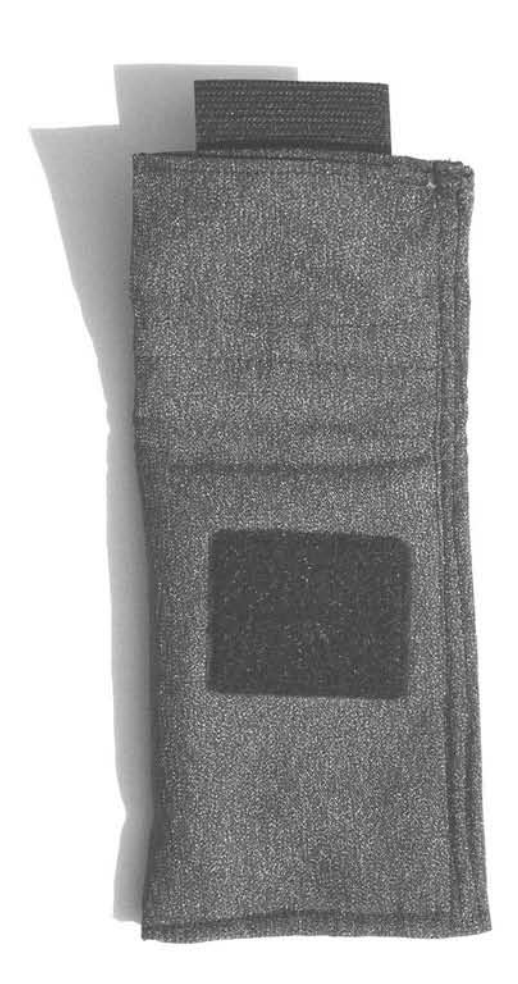
Der Soldatenfriedhof in Essel ist protestlos wieder Wallfahrtsort für Nazhis geworden. Der Geschichtsrevisionismus und die NS-Verherrlichung der Nazis wird auch von BewohnerInnen aus der Umgebung mitgetragen.
Mit den "Heldengedenken" und "Gedenkveranstaltungen" verbunden ist eine Verhöhnung von NS-Opfern sowie eine Verharmlosung und Relativierung des NS-Regimes. Diese Veranstaltungen und das damit verknüpfte Denken hat eine Strahlungskraft bis weit in die Gesellschaft. Dem gilt es entschieden entgegenzutreten.

Die Umgestaltung des Soldatenfriedhofs ist unsere Antwort auf die "Gedenkveranstaltungen" zum Volkstrauertag!
Es gibt keine unschuldige Kriegsteilnahme und keine zufällig "Gefallenen"!

inglorious basterds




privacy bags for mobile phones and other devices

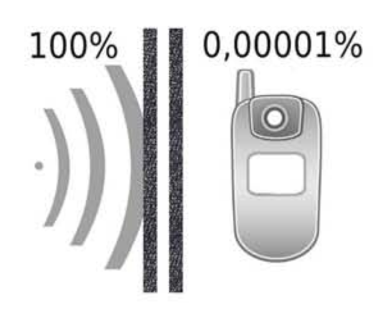


## Abschalten hilft nicht – Abschirmen ist notwendig

Nicht nur Verfolgungsbehörden nutzen zunehmend Mobiltelefone von Privatpersonen, um diese zu belauschen und zu orten. Auch Eltern lassen sich „zur Sicherheit" den aktuellen Aufenthaltsort ihrer Kinder übermitteln, Eifersüchtige „tracken" ihre Partner/innen und Arbeitgeber „verfolgen" ihre (Außendienst-) Mitarbeiter lückenlos.

Die Möglichkeiten, Handynutzern hinterherzuschnüffeln, enden leider nicht mit dem Ausschalten der Geräte.

Der third-party-blocker schützt die Privatsphäre, wenn sich die Anwesenheit eines Mobiltelefons oder anderer elektronischer Geräte bei sensiblen Besprechungen nicht vermeiden lässt.




Die Tasche aus mehrschichtigem Abschirmgewebe wirkt wie ein "Faradayscher Käfig" und schützt gegen Ortung und Abhören der Geräte-Umgebung. Die hoch effiziente Abschirmung blockiert eine elektromagnetische Signalübertragung (Handy-Netze, wLAN, GPS, Bluetooth, RFID).

Dadurch wird ein Identifizieren und Mitlauschen durch ungebetene Dritte verhindert.



**www.third-party-blocker.de**




*Spenden:*

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Für die antimilitaristische Antirepressionsarbeit könnt ihr weiterhin an die Soligruppe auf folgendes Konto spenden:

Rote Hilfe e.V. / Konto-Nr.: 0010 808 858 / BLZ: 760 100 85
Stichwort: Biwak 09

*Impressum:*

autonomes Blättchen Nr. 5
Februar 2011

*Kontakt für Kritik und eigene Artikel:*

E-Mail:
autonomes-blaettchen@riseup.net

PGP-Key auf Anfrage oder bei
antimilitarimus.blogsport.de
Fingerprint:
C79A E194 E1EC FD8B ED6F F0AC
BAD5 0431 56CA 9E59

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1,
30167 Hannover

Einsendeschluss für 6. Ausgabe:
15.04.2011

Im Internet zu Gast bei:
antimilitarismus.blogsport.de

ViSdP:
Uwe Binias,
Waterloostr. 9,
Hannover

# Finger weg von

Seit
einigen Mo-
naten erhalten
die linken Buchlä-
den in Berlin vermehrt
unerwünschten Besuch
von Polizei und Staatsan-
waltschaft. Anlässe sind re-
gelmäßig mal mehr, mal weniger
neue Publikationen aus der radikalen
Linken, deren inhaltliche Vielfalt den
Repressionsorganen zu weit geht. Häufig
werden dabei nicht nur die gesuchten Zeit-
schriften, sondern auch gleich die Compu-
ter der Läden mit beschlagnahmt.
Die linken Buch- und Infoläden sind ein
wichtiger Teil unserer Infrastruktur. Wir
finden dort Rat, wenn wir Literatur für un-
sere politische Arbeit suchen. Sie bieten -
uns einen Raum, ins Gespräch zu kommen
und uns zu vernetzen. Sie helfen uns, unse-
re Positionen auch jenseits kommerzieller
Verlagsstrukturen zu verbreiten. Kurz: Wir
möchten sie nicht missen.
Die aktuelle Repression ist der erneute
staatliche Versuch, die offenen Debat-
ten der radikalen Linken, die nicht an den
Grenzen der herrschenden Legalität ver-
stummen, zu zensieren. Diesmal wurden
die linken Buchläden als Angriffsob-
jekte von den Repressionsorganen
auserkoren. Wir stehen daher so-
lidarisch an ihrer Seite. Ge-
meinsam wenden wir die
staatliche Repression
in eine Stärkung der
linken Debatten
und Struktur-
en!

UNZENSIERT-LESEN.DE

# unseren Läden!